

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 15. Februar 1978
am Donnerstag, dem 16. Februar 1978

	Seite
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes	21 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	19, 21 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	2, 23 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	17
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	6, 26 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	8, 29 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	9, 32 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung .	17, 33 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	2, 35 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit	9, 36 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen	11, 38 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	14, 43 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen .	14, 43 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie .	16, 43 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft .	16, 45 *)

A. Mündliche Fragen gemäß I. der Richtlinien**Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung**

1. Abgeordneter
Biehle
(CDU/CSU) Welche Stellungnahme bezieht die Bundesregierung zu dem vom Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages dem Bundesfinanzministerium zugeleiteten Beschluß des Verteidigungsausschusses vom 7. Dezember 1977 über die Aufhebung des Verwaltungskostenbeitrags bei der Truppenverpflegung der Bundeswehr, und wann gibt sie diese Entscheidung weiter, damit der Haushaltsausschuß entsprechendes veranlassen kann?
2. Abgeordneter
Hansen
(SPD) Sind Waffen aus deutscher Produktion nach Äthiopien und Syrien geliefert worden, und bedeutet dies gegebenenfalls, daß die Bundesregierung sich nicht mehr an ihre Selbstbeschränkung in bezug auf Waffenexporte gebunden fühlt, wonach keine Genehmigungen für Waffenlieferungen in Spannungsgebiete erteilt werden sollen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

3. Abgeordneter
Daweke
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, ob im Land Nordrhein-Westfalen Lehramtsbewerber, die als Zeitsoldaten bei der Bundeswehr gedient haben und ihren Vorbereitungsdienst im Jahr 1977 abgeschlossen haben, als Lehrer nicht in ein Beamtenverhältnis übernommen werden mit der Begründung, sie hätten vor Abschluß des Studiums bereits einen Beruf (und zwar als Soldat) ausgeübt, während andere Bewerber, die ihren regulären Wehrdienst abgeleistet haben, als Lebenszeitbeamte übernommen werden, und wenn ja, welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, für Zeitsoldaten eine Benachteiligung bei der Übernahme in das Beamtenverhältnis auszuschließen?
4. Abgeordneter
Manning
(SPD) Wann und auf welchem Weg hat die Bundesregierung von der Möglichkeit erfahren, daß ein Satellit der UdSSR über deutschem Gebiet in die Atmosphäre eintauchen und abstürzen könne, und wie groß war die Wahrscheinlichkeit, daß dies Ereignis hätte eintreten können?
5. Abgeordneter
Manning
(SPD) Welche Auswirkungen wären zu erwarten gewesen, und welche Vorkehrungen wurden zum Schutze der Bevölkerung und zur Schadensabwendung getroffen?
6. Abgeordneter
Dr. Diederich
(Berlin)
(SPD) Gibt es Erkenntnisse, daß ein ähnliches Ereignis, wie der Absturz eines Satelliten der UdSSR am 23. Januar 1978 über Kanada, in absehbarer Zeit erneut eintreten und auch das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland betreffen könnte, und kann die Bundesregierung diese Erkenntnisse durch Beobachtung selbständig gewinnen?

7. Abgeordneter
Dr. Diederich
(Berlin)
(SPD)
- Welche Vorkehrungen hält die Bundesregierung zum Schutz der Bevölkerung und zur Abwendung von Schaden künftighin für notwendig, und müssen hierzu zusätzliche haushaltswirksame Maßnahmen getroffen werden?
8. Abgeordneter
Regenspurger
(CDU/CSU)
- Hat die Bundesregierung die Absicht, den Hamburger Parteitagebeschuß der SPD zur Reform des öffentlichen Dienstes dadurch zu verwirklichen, daß das Beamtenrecht in täglicher Kleinarbeit Schritt um Schritt verändert werden soll, weil z. Z. für eine Grundgesetzänderung keine Zweidrittelmehrheit im Bundestag und im Bundesrat erreichbar ist, und wenn nein, wird die Bundesregierung Bestrebungen entgegenreten, das Beamtenrecht in der beschriebenen Art schrittweise zu verändern?
9. Abgeordneter
Dr. Laufs
(CDU/CSU)
- Wird die Bundesregierung aus dem Beschluß des Hamburger SPD-Parteitage, das Beamten-, Richter- und Soldatenrecht durch ein einheitliches öffentliches Dienstrecht zu ersetzen, in welchem nur die grundsätzlichen Rechte und Pflichten aller Beschäftigten durch Gesetz geregelt werden, alle übrigen Fragen aber „einschließlich der finanziellen“ durch Tarifverträge, Folgerungen ziehen und wenn ja, welche?
10. Abgeordneter
Dr. Laufs
(CDU/CSU)
- Wie und auf welcher Rechtsgrundlage werden die Mittel für die von der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt durchzuführenden Arbeiten für die Endlagerung radioaktiver Abfälle bereitgestellt?
11. Abgeordneter
Benz
(CDU/CSU)
- Hat der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister des Innern — wie von dpa im Zusammenhang mit den Vorgängen in der „Stern“-Redaktion gemeldet — von einer Bedrohung der Pressefreiheit durch Zeitungsunternehmer gesprochen, und wenn ja, was versteht er darunter?
12. Abgeordneter
Benz
(CDU/CSU)
- Was veranlaßt den Parlamentarischen Staatssekretär gegebenenfalls zur Analogie der Interventionsmöglichkeiten von Zeitungsverlegern und Politikern?
13. Abgeordneter
Zywietz
(FDP)
- Welche Informationen hat die Bundesregierung über den Betriebsunfall des Prototyps eines Hochtemperaturreaktors in Fort-St.-Vrain (USA)?
14. Abgeordneter
Zywietz
(FDP)
- Welche Konsequenzen ergeben sich aus diesen Erkenntnissen nach Ansicht der Bundesregierung für die Genehmigung von Hochtemperaturreaktoren in der Bundesrepublik Deutschland?
15. Abgeordneter
Horstmeier
(CDU/CSU)
- Welche Kenntnis hat die Bundesregierung von aufgetretenen Rechtsunsicherheiten bei den sogenannten nichtgenehmigungspflichtigen Anlagen nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz (BimSchG) (§ 22 ff.)?
16. Abgeordneter
Horstmeier
(CDU/CSU)
- Hat die Bundesregierung vor, in absehbarer Zeit gemäß § 23 BimSchG eine Verordnung zu erlassen, und wenn ja, wie wird sie aussehen?

17. Abgeordneter
Dr. Steger
(SPD)
- Treffen Presseberichte im Zusammenhang mit der geplanten Errichtung des Zwischenlagers in Ahaus (Nordrhein-Westfalen) zu, wonach in Informationschriften der Bundesregierung Zwischenlager als gefährlicher als die Wiederaufarbeitungsanlage bezeichnet worden sind, worauf sind gegebenenfalls derartige Äußerungen zurückzuführen, und vertritt die Bundesregierung diese Ansicht noch heute?
18. Abgeordneter
Berger
(CDU/CSU)
- Trifft der Vorwurf des Bundesvorsitzenden des Bundes der Ruhestandsbeamten und Hinterbliebenen im DBB, Gerhard Schröder, zu, daß Bundesminister Dr. Ehrenberg in einem Zeitungsinterview bestritten hat, daß ein Rückstand der Beamtenpension zur Versorgung der ehemaligen Behördenangestellten besteht, obwohl in einem von der Bundesregierung in Auftrag gegebenen Gutachten der „Treuarbeit“ Frankfurt in ausführlichen Berechnungen nachgewiesen ist, daß die Beamtenpensionen bis zu drei Besoldungsgruppen hinter der Versorgung der ehemaligen Behördenangestellten zurückbleibt?
19. Abgeordneter
Berger
(CDU/CSU)
- Gedenkt die Bundesregierung gegebenenfalls, Bundesminister Dr. Ehrenberg zu veranlassen, von der verbreiteten Aussage Abstand zu nehmen, weil sie als gegen das Beamtentum gezielte Falschmeldung gesehen werden kann und ja auch bereits gesehen wird?
20. Abgeordneter
Dr.-Ing. Laermann
(FDP)
- Welche Informationen hat die Bundesregierung über den Absturz des sowjetischen Satelliten mit Radionuklidbatterien über Kanada und seine Folgen, und welche Konsequenzen zieht sie daraus?
21. Abgeordneter
Dr.-Ing. Laermann
(FDP)
- Gibt es internationale Bemühungen zur Begrenzung der Gefahren, die aus radioaktiven Materialien im Weltraum herrühren, und um welche Mengen an radioaktivem Material und um wieviel Satelliten mit welcher Lebensdauer handelt es sich nach Kenntnis der Bundesregierung?
22. Abgeordneter
Schäfer
(Offenburg)
(SPD)
- Wie vertragen sich amtliche Erklärungen des Bundesinnenministeriums, das „Verglühen“ eines Kosmosatelliten in der Atmosphäre über Wohngebieten sei ungefährlich, mit der Tatsache, daß Uran 235 in Form von Urancarbid eine höhere Verglühtemperatur als der eigentliche Satellit hat, und wie läßt sich die behauptete „Ungefährlichkeit“ mit dem Vorhandensein von Spaltstoffen und Plutonium in den verglühten Satelliten vereinbaren?
23. Abgeordneter
Schäfer
(Offenburg)
(SPD)
- Welche nationalen und internationalen Vorkehrungen bestehen zur Zeit zum Schutz der Bevölkerung vor solchen Unfällen, und hält die Bundesregierung diese Maßnahmen im Interesse eines optimalen Bevölkerungsschutzes für ausreichend?
24. Abgeordneter
Gerlach
(Obernau)
(CDU/CSU)
- Hat der Bundesinnenminister ein Schreiben der Rechtsanwalts und früheren Bundesverfassungsrichters Seuffert, der eine abgelehnte Bewerberin für den bayerischen Justizdienst in einem Rechtsstreit vor dem bayerischen Verwaltungsgerichtshof vertrat, erhalten, mit dem gegen die Entsendung eines fachkundigen Beamten aus seinem Geschäftsbereich als Anhörperson in diesem Rechtsstreit in-

- terveniert wird, und wenn ja, wie beurteilt der Bundesinnenminister die von Herrn Seuffert vorgetragenen Argumente für seine Intervention im einzelnen?
25. Abgeordneter **Gerlach**
(**Obernau**)
(CDU/CSU) Was hat der Bundesinnenminister getan oder was wird er tun, um gegebenenfalls die Intervention von Herrn Seuffert unter standesrechtlichen Gesichtspunkten würdigen zu lassen?
26. Abgeordneter **Schirmer**
(SPD) Welche Erfahrungen bzw. Erkenntnisse sind gewonnen worden bei der Durchführung der von der Bundesregierung geförderten Modellversuche zum „Sport im Arbeitsleben“?
27. Abgeordneter **Schirmer**
(SPD) Wird die Bundesregierung künftig ähnliche Versuche fördern, und in welcher Weise ist vorgesehen, dabei die Tarifvertragsparteien und die Sportorganisationen einzubeziehen?
28. Abgeordneter **Egert**
(SPD) Wie viele männliche bzw. weibliche Auszubildende waren jeweils am Jahresende 1975, 1976 und 1977 bei welchen in Berlin ansässigen Bundesbehörden bzw. bundesunmittelbaren Anstalten und Körperschaften zur Ausbildung beschäftigt?
29. Abgeordneter **Egert**
(SPD) Anerkennt die Bundesregierung unter Berücksichtigung der Tatsache, daß in Berlin der sogenannte Schülerberg im Vergleich zu allen Bundesländern am stärksten ausgeprägt ist, daß den Bundesbehörden eine herausgehobene Bedeutung am Berliner Arbeitsmarkt zukommt, daß in Berlin weder die Deutsche Bundesbahn noch die Bundeswehr Ausbildungsplätze anbieten können und daß sich der Senat bereits veranlaßt sah, Ausbildungsplätze bei der Landespostdirektion durch Anmietung vor dem Abbau zu bewahren, eine besondere Verpflichtung, alle noch aktivierbaren Ausbildungsreserven in vollem Umfang zu erschließen?
30. Abgeordneter **Immer**
(**Altenkirchen**)
(SPD) Inwieweit ist der Bundesregierung die Tatsache bekannt, daß der Umfang und die Kosten der chemischen Untersuchungen gem. Trinkwasser-Verordnung für Einzelversorgungsanlagen in den einzelnen Bundesländern erheblich voneinander abweichen, und ist an eine Vereinheitlichung gedacht?
31. Abgeordneter **Immer**
(**Altenkirchen**)
(SPD) Inwieweit ist die Bundesregierung in der Lage und bereit, bei den Bundesländern darauf hinzuwirken, daß die im Rahmen der Durchführung der Trinkwasser-Verordnung vorgenommenen chemischen Erstuntersuchungen, deren Kosten zwischen 800 DM und 1000 DM veranschlagt werden, auf Kosten der Länder durchgeführt wird, zumal dann, wenn in absehbarer Zeit kein Anschluß an ein überörtliches Versorgungsnetz erfolgen kann?
32. Abgeordneter **Dr. Wittmann**
(**München**)
(CDU/CSU) Welche Schritte hat die Bundesregierung zur Harmonisierung des Waffenrechts in Europa unternommen?
33. Abgeordneter **Dr. Wittmann**
(**München**)
(CDU/CSU) Wie hoch sind die Pensionsansprüche der jetzt ausgewechselten Bundesminister Leber, Ravens, Rohde und Schlei, und ab wann werden Pensionszahlungen geleistet?

34. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU) Wie viele der in der Bundesrepublik Deutschland aufgenommenen Aussiedler aus den Gebieten östlich von Oder und Neiße bzw. aus Polen sind im Jahr 1977 und wie viele im Jahr 1976 mit polnischen amtlichen Dokumenten, die zur Ausreise auf Dauer und zur Wohnsitznahme in der Bundesrepublik Deutschland nach polnischem Standpunkt berechtigten, hier eingetroffen?
35. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU) Welche Maßnahmen wird die Bundesrepublik Deutschland treffen, nachdem in den zwei ersten im Aussiedlungsprotokoll vorgesehenen Jahren der Abwicklung (1976 und 1977) mit Ausreisedokumenten der Volksrepublik Polen viel weniger als 62 500 Deutsche (die Hälfte von 125 000 in vier Jahren) ausreisen durften, und wird die Bundesregierung gegebenenfalls unter Bezugnahme auf den „Schnur-Brief“ sowie die Erklärung gegenüber dem Bundesrat, daß nach dem Ausreiseergebnis von zwei Jahren Folgerungen gezogen werden, die Zahlung der letzten Rate aus der Rentenpauschale an Polen so lange aufschieben, bis die sich zum betreffenden Zeitpunkt ergebenden Teilzahlen von Ausreiseberechtigten aus dem Ausreiseprotokoll erfüllt sind?
36. Abgeordneter
Nordlohne
(CDU/CSU) Wie hoch sind die monatlich zu zahlenden Ruhegelder an die seit Bestehen der SPD/FDP-Regierungskoalition ausgeschiedenen Kabinettsmitglieder?
37. Abgeordneter
Conradi
(SPD) Wie viele weitere Reisende außer dem Bundesjugendsekretär der Naturfreundejugend, Rudi Bergmann, hat die Zollverwaltung als „Stichproben“ am 19. Dezember 1977 auf dem Grenzbahnhof Kehl aus dem Zug herausgeholt und einer Leibesvisitation unterzogen, und wie viele der als „Stichproben“ untersuchten Reisenden haben dadurch die Weiterfahrt nicht mit dem genannten Zug sondern erst mit einem späteren Zug antreten können?
38. Abgeordneter
Conradi
(SPD) Hat eine Bundesbehörde — wenn ja, welche — veranlaßt, daß der Publizist Jürgen Holtkamp (Radio Bremen) am 7. Januar 1978 in Antwerpen von der belgischen Polizei im Hotel festgenommen und auf das Polizeipräsidium mitgenommen wurde, wobei die Festnahme mit dem „Ersuchen deutscher Behörden“ begründet und der Festgenommene erst nach knapp drei Stunden wieder entlassen worden ist?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

39. Abgeordneter
Horn
(SPD) Trifft es zu, daß — wie von der Gewerkschaft ÖTV, Abteilung Stationierungstreitkräfte, behauptet — bei den US-Streitkräften in der Bundesrepublik Deutschland über 14 500 US-Touristen und Familienangehörige auf Stellen, die nach Artikel IX Abs. 4 des NATO-Truppenstatuts aus dem Arbeitsmarkt des Aufnahmestaats — also der Bundesrepublik Deutschland — gedeckt werden müssen, beschäftigt sind, und wenn ja, entspricht es auch den Tatsachen, daß diese US-Staatsbürger entgegen den arbeitsrechtlichen Vorschriften für Angehörige sogenannter Drittländer — zur Arbeitsaufnahme ist eine Arbeitsgenehmigung der zuständigen Arbeitsverwaltung erforderlich — durch illegitime Behandlung unter Umgehung geltender deutscher Rechtsnormen beschäftigt werden?

40. Abgeordneter
Horn
(SPD)
- Welche Schritte hat die Bundesregierung gegebenenfalls unternommen, um die US-Streitkräfte zu veranlassen, sich an die international verbindlichen Rechtsnormen des NATO-Truppenstatuts zu halten, bzw. in welcher Weise gedenkt die Bundesregierung einzuschreiten, falls die US-Streitkräfte weiterhin gegen geltende Vereinbarungen -- also gegen das NATO-Truppenstatut -- verstoßen?
41. Abgeordnete
Frau Will-Feld
(CDU/CSU)
- Ist bei der Bundesregierung zu irgendeinem Zeitpunkt erwogen worden, ob die Einrichtung einer bundesweiten Informationszentrale für den Steuerfahndungsdienst der gesetzlichen Ermächtigung durch ein Bundesgesetz bedurft hätte?
42. Abgeordnete
Frau Will-Feld
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung die Information bestätigen, wonach der Bundesfinanzminister der Bundessteuerrammer mitgeteilt haben soll, daß auf den Karteiblättern der Steuerstraftäter neben anderen Daten auch die Namen derjenigen Personen aufgeführt werden, die den Steuerpflichtigen steuerlich beraten haben?
43. Abgeordneter
Fiebig
(SPD)
- Wie gedenkt die Bundesregierung, bei den Privatkanneassen den erklärten Willen des 7. Deutschen Bundestages zur gleichberechtigten Behandlung aller therapeutischen Richtungen durchzusetzen, so daß die nichtversicherungspflichtigen Bundesbürger die therapeutische Richtung, der sie sich anvertrauen wollen, auch frei wählen können, die privaten Krankneassen nach Mitteilung der Zeitschrift „Die private Krankenversicherung, 1978/1, Seite 8“ nur noch die Kosten „wissenschaftlich anerkannter Arzneien“ tragen und sie diese Einschränkung nach meinen Erfahrungen ausschließlich dahin gehend anwenden, sich ihrer Kostenerstattungspflicht bei Arzneimitteln der besonderen Heilverfahren zu entledigen?
44. Abgeordnete
Frau Dr. Martiny-Glotz
(SPD)
- Hält die Bundesregierung es auch weiterhin für vertretbar, die Kreditvermittler und ihre Werbung dem Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen nur sehr begrenzt zu unterstellen?
45. Abgeordneter
Hasinger
(CDU/CSU)
- Trifft ein Bericht der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 25. Januar 1978 zu, wonach seit dem 1. Januar dieses Jahrs private Alten- und Pflegeheime in weit größerem Umfang als bisher Mehrwertsteuern zu zahlen haben, wodurch viele Heimbewohner zu Sozialhilfeempfängern werden, und welche Überlegungen gibt es gegebenenfalls bei der Bundesregierung, diese sozialpolitisch verfehlten Auswirkungen wieder zu beseitigen?
46. Abgeordnete
Frau Simonis
(SPD)
- Treffen nach dem Wissensstand der Bundesregierung Berichte zu, nach denen in der Bundesrepublik Deutschland jährlich 40 Milliarden DM an Steuergeldern auf Grund von Steuerverschwendung bzw. Fehlplanungen und umständlichen Verwaltungsvorschriften „versickern“, und welche gesetzlichen Regelungen wird die Bundesregierung gegebenenfalls im Kompetenzbereich des Bundes treffen bzw. anregen, um zu garantieren, daß der effizientere Einsatz dieser Mittel besser kontrolliert und garantiert werden kann?

47. Abgeordneter
Dr. Hammans
(CDU/CSU)
- Welche Schritte hat die Bundesregierung unternommen oder hält sie für notwendig, um zur Wahrung der Interessen der in privaten Krankenkassen Versicherten die Beachtung des erklärten Willens des 7. Deutschen Bundestages zur Gleichstellung aller therapeutischen Richtungen durchzusetzen, so daß der Versicherte nicht mehr dem unkalkulierbaren Risiko ausgesetzt ist, daß ihm unter Mißachtung der Grundsätze des § 25 Abs. 6 des Arzneimittelgesetzes die Erstattung von Arzneimitteln der besonderen Heilverfahren mit der kartellähnlich vertretenen Begründung der fehlenden allgemeinen wissenschaftlichen Anerkennung versagt wird, wie dies von Krankenversicherungen praktiziert wird?
48. Abgeordneter
Schröder
(Wilhelmshof)
(CDU/CSU)
- Hat es die Bundesregierung als einflußreicher Anteilseigner der VEBA zugelassen, daß sich die VEBA durch den Verkauf der Frisia-raffinerie an die Bomin-Gruppe aus der sozialen Verantwortung gegenüber den Mitarbeitern dieses Unternehmens „herausgekauft“ hat, und wenn ja, wie will die Bundesregierung dies den Mitarbeitern der Frisia-Raffinerie Emden verständlich machen?
49. Abgeordneter
Schröder
(Wilhelmshof)
(CDU/CSU)
- Gilt die Aussage des Bundeskanzlers anläßlich des SPD-Bezirksparteitags vom 11. Juni 1977 noch, „Die Frisia ist für uns kein Problem mehr, durch die Übernahme der Frisia durch die Bomin sind die Arbeitsplätze sicher“, und wenn ja, was gedenkt der Bundeskanzler zur Bekräftigung seiner Aussage zu unternehmen, nachdem sich die Bomin schon etwa drei Wochen nach Übernahme der Raffinerie mit der Absicht trägt, dieses Werk zu schließen, es sei denn, daß durch große Investitionen und hohe Kreditaufnahmen mit Bundes- und Landesbürgschaften die Fortführung des Unternehmens ermöglicht wird?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

50. Abgeordneter
Dr. Jens
(SPD)
- Wann wird die Bundesregierung einen entsprechenden Gesetzentwurf zur Abschöpfung der Sondergewinne einiger Mineralölkonzerne aus deutschem Erdöl vorlegen, und wie beurteilt die Bundesregierung die verfassungsrechtliche Problematik im Zusammenhang mit einem derartigen Gesetzentwurf?
51. Abgeordneter
Gerstein
(CDU/CSU)
- Wie ist zur Zeit die Stromerzeugungskapazität in der Bundesrepublik Deutschland, und welche Vorstellungen hat die Bundesregierung über die Ersetzung der Heizöl- und Gaskraftwerke mit ca. 25 000 MW Leistung im Laufe der nächsten Jahrzehnte?
52. Abgeordneter
Gerstein
(CDU/CSU)
- Aus welchen Gründen ist in der Fortschreibung des Energieprogramms der Bundesregierung keine Aussage getroffen worden über die Ersetzung der Öl- und Gaskraftwerke in der Bundesrepublik Deutschland im Laufe der nächsten Jahrzehnte durch andere Kraftwerke — sei es Kohle- oder Kernkraftwerke —, so daß selbst bei geringen Stromzuwachsraten der Bau neuer Kraftwerke zum Ersatz der Öl- und Gaskraftwerke erforderlich wird?

53. Abgeordneter
Dr. Kunz
(Weiden)
(CDU/CSU)
- Verfügt die Bundesregierung über Erkenntnisse darüber, welche Unterschiede die Energiekosten im Jahresdurchschnitt in Form von Heizöl, Steinkohle, Erdgas und elektrischem Strom für industrielle Zwecke (Glaserzeugungsbetriebe mit 500 bis 800 Beschäftigten) für die Standorte Essen (Ruhrgebiet) und Weiden (nördliche Oberpfalz – Zonenrandgebiet) aufweisen, und wenn ja, welche Auswirkungen haben diese Unterschiede längerfristig für die Wirtschaft und die Arbeitsplätze im Zonenrandgebiet?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

54. Abgeordneter
Niegel
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß bei der Aktion der Nichtvermarktungs- und Umstellungsprämien die Prämien namentlich in Deutschland und nur sehr wenig in einigen EG-Staaten in Anspruch genommen werden, und ist nach dem Wissensstand der Bundesregierung der Eindruck führender landwirtschaftlicher Experten zutreffend, daß die staatliche Agrarpolitik einiger EG-Länder den Landwirten eher abraten würde, die Prämien zu beanspruchen, und welche Länder haben sich gegebenenfalls auf diese Weise hervorgetan?
55. Abgeordneter
Konrad
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, ob bei den Kutterfischern in der Ostsee keine Klarheit über die Grenze der von der DDR proklamierten Fischereizone besteht, und welche Maßnahmen wird sie gegebenenfalls ergreifen, um die Kutterfischer vor Gefahren und Schäden zu bewahren, die bei unverschuldetem Einlaufen in die Fischereizone der DDR entstehen können?
56. Abgeordneter
Konrad
(SPD)
- Sind der Bundesregierung Einzelheiten des Vorfalles bekannt, bei dem das in Neustadt in Holstein beheimatete Hochseeanglerschiff „Silberland“ Berührung mit einem Wachboot der DDR hatte, und welche Maßnahmen, auch durch den Einsatz der Boote des Bundesgrenzschutzes See, könnten zum Schutz der in der Bundesrepublik Deutschland beheimateten Fischkutter und Hochseeanglerschiffe getroffen werden?
57. Abgeordneter
Glos
(CDU/CSU)
- Wann ist mit einer Novellierung des Gasöl-Verwendungsgesetzes – Landwirtschaft zu rechnen?
58. Abgeordneter
Glos
(CDU/CSU)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, dabei die Härtefälle zu vermeiden, die hinsichtlich der Verbilligungsberechtigung entstehen, wenn ein Inhaberwechsel innerhalb der Familie durch Pachtvertrag nicht rechtzeitig gemeldet wird?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

59. Abgeordneter
Wehner
(SPD)
- Hält die Bundesregierung die Indizierung von NS-Propagandamaterial durch die Bundesprüfstelle für jugendgefährdendes Schrifttum für ein geeignetes Mittel, um die offenbar im Ansteigen begriffene

- Flut solchen Materials in der Bundesrepublik Deutschland einzudämmen, und was gedenkt sie zu tun, um der Bundesprüfstelle auf diesem Gebiet zu einer größeren Wirksamkeit zu verhelfen?
60. Abgeordneter
Stahl
(Kempen)
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, bei Masseuren, die ein staatliches Praktikum vor ihrer Prüfung absolvieren müssen, die Richtlinien dahin gehend abzuändern, daß die Prüfung zum staatlich anerkannten Masseur vom Praktikum in einem Krankenhaus oder einem anderen anerkannten Haus abgekoppelt wird, da z. Z. nur wenige Ausbildungsplätze zur Verfügung stehen und es eine unzumutbare Härte ist, ein halbes Jahr unentgeltlich ein Praktikum absolvieren zu müssen, das erforderlich ist, um eine staatliche Prüfung ablegen zu können?
61. Abgeordneter
Stahl
(Kempen)
(SPD)
- Wie sieht die Bundesregierung die Möglichkeit, den Praktikanten im Masseurberuf, die verheiratet sind, das halbe Jahr der Praktikantenzeit nach dem Berufsförderungsgesetz zu finanzieren und damit den Instituten, die berechtigt sind, eine Ausbildung vorzunehmen, einen Anreiz zu bieten, zusätzliche Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen?
62. Abgeordneter
Kuhlwein
(SPD)
- Treffen Berichte der Arbeitsgemeinschaft der Verbraucherverbände zu, wonach die Verschreibungspflicht für bisher rezeptfreie Schlaf- und Beruhigungsmittel aus der Bromharnstoffreihe vorläufig noch nicht eingeführt werden kann, weil der zur Begutachtung erforderliche Sachverständigenausschuß noch nicht konstituiert wurde, und bis zu welchem Zeitpunkt ist gegebenenfalls mit der Verschreibungspflicht für diese Medikamente zu rechnen?
63. Abgeordneter
Kuhlwein
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung eine mögliche Gesundheitsgefährdung durch novonalhaltige Schlafmittel, und ist die Bundesregierung gegebenenfalls bereit, auch diese Mittel der Verschreibungspflicht unterwerfen zu lassen?
64. Abgeordneter
Dr. Hammans
(CDU/CSU)
- Trifft es nach dem Erkenntnisstand der Bundesregierung zu, daß — wie aus Pressemitteilungen ersichtlich — in lebenswichtigen Nahrungsmitteln pflanzlicher und tierischer Herkunft Blei- und Cadmiumgehalte festgestellt wurden, die über den in der Bundesrepublik Deutschland zugelassenen Höchstwerten liegen und für die angeblich industriell hergestellte Düngemittel und Abgase verantwortlich sein sollen, und wenn ja, welche Folgen zieht die Bundesregierung daraus?
65. Abgeordneter
Marschall
(SPD)
- Trifft es nach dem Wissensstand der Bundesregierung zu, daß in der Bundesrepublik Deutschland die Blei- und Cadmiumgehalte von Nahrungsmitteln die von der Weltgesundheitsbehörde (WHO) als noch tolerierbar festgesetzten täglichen Pro-Kopf-Grenzwerte z. T. erheblich übersteigen und daß nachahafte Wissenschaftler trotz der Erfolge des Benzinbleigesetzes mit einer zunehmenden Massenvergiftung durch Schwermetalle rechnen, und wenn ja, welche Folgen zieht die Bundesregierung daraus?
66. Abgeordneter
Marschall
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, ob mittels der Orientierungsdaten über Schwermetallgehalte in Lebensmitteln, die das Bundesministerium für

Jugend, Familie und Gesundheit den zuständigen Landesbehörden bekanntgegeben hat, örtlich auftretende Gefahren festgestellt bzw. welche Maßnahmen in den Ländern daraufhin ergriffen wurden?

67. Abgeordneter
Amling
(SPD) Hält die Bundesregierung das ab 1. Januar 1979 in Schweden vorgesehene Verbot von Aerosolsprays — mit dem Treibmittel Freon hergestellte Deo-, Insekten- oder Haarsprays — für nachahmenswert, und gedenkt sie, ein solches Verbot auch in der Bundesrepublik Deutschland einzuführen?
68. Abgeordneter
Amling
(SPD) Hält die Bundesregierung entsprechende internationale Abkommen für möglich und erstrebenswert, und ist sie gegebenenfalls bereit, sich zum Schutze der Atmosphäre für solche Abkommen nach schwedischem Vorbild einzusetzen?
69. Abgeordneter
Gansel
(SPD) Sind Presseberichte zutreffend, daß die Bundesregierung auf Grund wissenschaftlicher Erkenntnisse davon überzeugt sei, daß Freonsprays langfristig die lebenswichtige Ozonschicht der Erde zerstören könnten, und hält die Bundesregierung bei dieser Erkenntnislage ein Produktionsverbot der Freonsprays für nicht lebenswichtig?
70. Abgeordneter
Jaunich
(SPD) Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß Patienten bei einem Wechsel des behandelnden Arztes das Recht auf Herausgabe der Aufzeichnungen über den wesentlichen Behandlungsverlauf haben sollten, und was gedenkt die Bundesregierung gegebenenfalls zu tun, um dieses Recht abzusichern?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

71. Abgeordneter
Mahne
(SPD) Kann die Bundesregierung bestätigen, daß Motorcaravane bzw. Wohnmobile mit einem zulässigen Gesamtgewicht über 2,8 t auf Grund des systematischen Verzeichnisses der Fahrzeug- und Aufbauarten des Kraftfahrtbundesamts weder unter Personenkraftwagen noch unter Kraftomnibusse fallen und diese Fahrzeuge sich dadurch an das Überholverbot nach Zeichen 277 StVO zu halten haben, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?
72. Abgeordneter
Mahne
(SPD) Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß Motorcaravane bzw. Wohnmobile entsprechend den Vorschriften für Personenkraftwagen und Kraftomnibusse behandelt werden sollten, und ist sie gegebenenfalls bereit, diese Fahrzeuge von dem Überholverbot nach Zeichen 277 StVO für Kraftfahrzeuge mit einem zulässigen Gesamtgewicht über 2,8 t auszunehmen?
73. Abgeordneter
Josten
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß die Deutsche Bundesbahn ihre Ausbaupläne auf der Strecke Köln—Groß-Gerau im Bereich des Rheingrabens in letzter Zeit aufgegeben hat?

74. Abgeordneter
Josten
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung informiert, daß die bisher bekanntgewordenen Pläne zum Ausbau der Bundesbahnstrecke im Rheingraben zwischen Koblenz und Bonn in mehreren Orten bei der Bevölkerung zur berechtigten Unruhe geführt hat, z. B. in Bad Breisig oder Brohl/Rhein, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?
75. Abgeordneter
Dr. Wulff
(CDU/CSU) Hat die Bundesregierung auf dem Autobahnabschnitt Hohenlimburg–Iserlohn bereits Lärmmessungen vornehmen lassen, die sie nach Pressemeldungen vorzunehmen versprochen hat?
76. Abgeordneter
Dr. Wulff
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, Maßnahmen zum Schutz der Betroffenen zu ergreifen, wenn die Messungen einen für die Anlieger nicht zumutbaren Lärm ergeben sollten?
77. Abgeordneter
Dr. Hüsch
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die in der Sendung „Hier und heute“ des Westdeutschen Fernsehens vom 8. Dezember 1977 mitgeteilten Ergebnisse einer Untersuchung, denenzufolge erhebliche Bedenken hinsichtlich der Zusammensetzung angebotener Speisen sowie der allgemeinen Hygiene in Autobahnraststätten erhoben wurden?
78. Abgeordneter
Dr. Hüsch
(CDU/CSU) Welche Konsequenzen wird die Bundesregierung hinsichtlich der Zusammensetzung angebotener Speisen und der allgemeinen Hygiene in Autobahnraststätten ziehen?
79. Abgeordneter
Dr. Geßner
(SPD) Beabsichtigt die Bundesregierung, die Außenstelle der Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung in Wittlaer von Düsseldorf wegzuverlegen?
80. Abgeordneter
Kirschner
(SPD) Teilt die Bundesregierung die Auffassung des Finanzvorstands der Deutschen Bundesbahn, Reschke, der laut dpa vom 28./29. Januar 1978 erklärt hat, „unsere Eisenbahner werden viel zu hoch bezahlt“, und wenn ja, um welche Besoldungsgruppen handelt es sich hier?
81. Abgeordneter
Kirschner
(SPD) Wie bewertet die Bundesregierung die Feststellung, daß das Grundproblem der defizitären Bundesbahn sei, daß auf einem viel zu teuren Apparat viel zu wenig Geschäft gemacht werde, die Bahn habe einen Bilanztechnischen Buchwert von 45 Milliarden DM, damit werde im Jahr 15 Milliarden DM Geschäft gemacht?
82. Abgeordneter
Hoffie
(FDP) Ist der Bundesregierung bekannt und welche Konsequenzen zieht sie daraus, daß über 19 000 Kinder im Alter von 6 bis 15 Jahren jährlich mit dem Fahrrad verunglücken, 86 v. H. dieser Kinder laut Polizeistatistik „selbst schuld“ sind und nahezu 7 000 Kinder bei ihrem Unfall schwere Verletzungen oder den Tod erleiden?
83. Abgeordneter
Hoffie
(FDP) Welche Möglichkeiten hinsichtlich eines wirksamen Beitrags zur Verminderung dieser Unfallentwicklung sieht die Bundesregierung angesichts der übereinstimmenden Auffassung sowohl der Rechtsprechung als auch namhafter Verkehrspsychologen, daß Kinder bis zu 12 Jahren mit dem Rad im Straßenverkehr überfordert sind?

- | | |
|--|---|
| 84. Abgeordneter
Kolb
(CDU/CSU) | Verfügt die Bundesregierung über Erkenntnisse darüber, bis wann die zur Zeit im Bau befindliche Autobahn in Voralberg und der Ostschweiz — die Strecken Bregenz-Innsbruck bzw. St. Margrethen-Chur-San Bernhardino — ausgebaut sein werden, und wenn ja, welche Erkenntnisse hat sie? |
| 85. Abgeordneter
Kolb
(CDU/CSU) | Welche Folgerungen zieht die Bundesregierung aus dem Ausbau in Voralberg und der Ostschweiz und dem vorzeitig vorgesehenen Ausbau der A 7 bis 1983 in bezug auf den Ausbau der Strecke Memmingen-Lindau? |
| 86. Abgeordneter
Dr. Freiherr Spies von Bülesheim
(CDU/CSU) | Zu welcher Gesamtsumme addieren sich die Ergebnisverbesserungen, die die Deutsche Bundesbahn für die Umstellung von ca. 6 000 km Bundesbahnstrecken auf Busverkehr und für die zusätzliche Einstellung des Güterverkehrs auf Teilstrecken errechnet und für die einzelnen betroffenen Teilstrecken nach dem Stand vom 22. November 1977 den Behörden der betroffenen Regionen mitgeteilt hat? |
| 87. Abgeordneter
Grobecker
(SPD) | Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten — ähnlich wie das bei der US-Küstenwache der Fall ist —, Schiffe unter Billigflaggen, die die deutschen Hoheitsgewässer passieren, auf ihre Schiffssicherheit, Funktionsfähigkeit der Navigationsinstrumente sowie Gültigkeit der Patente der Schiffsführung hin zu kontrollieren? |
| 88. Abgeordneter
Ey
(CDU/CSU) | Ist die Bundesregierung bereit, zur Sicherung der Notversorgung bei außergewöhnlichen Witterungsverhältnissen (Glatteis, Schneeglätte) einem begrenzten Personenkreis (Ärzte, Feuerwehr, Krankentransporte, Taxifahrer) besonders in ländlichen Gebieten die vorübergehende Benutzung von Spikes-Reifen zu genehmigen? |
| 89. Abgeordneter
Gobrecht
(SPD) | Hält es die Bundesregierung nicht für eine unangemessene Bevormundung der Kunden durch die zuständigen Postscheckämter, wenn ein neuer Satz von Scheckvordrucken — im Gegensatz zu den Gepflogenheiten anderer Kreditinstitute — erst dann an den Kunden ausgegeben wird, wenn dieser nur noch im Besitz von höchstens zehn Vordrucken ist, unter der Begründung, einen möglichen Schadensfall im Interesse des Kontoinhabers möglichst niedrig zu halten? |
| 90. Abgeordneter
Dr. Böhme (Freiburg)
(SPD) | Ist bei der Umstellung des Telefonverkehrs auf Telefontariffbereiche vorgesehen, einen Ausgleich zu schaffen für die grenznahen Knotenämter, zumal der Durchmesser der gedachten Kreisfläche und damit die Zahl der zu erreichenden Teilnehmer in solchen grenznahen Regionen wesentlich geringer sein wird? |
| 91. Abgeordneter
Hartmann
(CDU/CSU) | Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß es um des Heimatgefühls der Bürger willen wünschenswert ist, daß die Deutsche Bundespost die Weiterverwendung des Namens früherer selbständiger Gemeinden, welche im Zuge kommunaler Neugliederungsmaßnahmen als Gemeindeteile in anderen oder neuen Gemeinden aufgegangen sind, in der amtlichen Anschrift und zur Kennzeichnung der Zustellpostämter zuläßt, und wie gedenkt die Bundesregierung gegebenenfalls dies sicherzustellen? |

92. Abgeordneter
**Dr. Freiherr
Spies von
Büllesheim**
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß das Betreuungswerk der Deutschen Bundespost die Zahlung von Zusatzunterstützungen an ehemalige Bedienstete oder deren Angehörige seit dem 1. Januar 1978 eingestellt hat und die bisherigen Empfänger generell auf das Bundessozialhilfegesetz und damit auf die Kommunen und Länder verweist?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

93. Abgeordneter
**von der Heydt
Freiherr von
Massenbach**
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Aufstellung von Flächennutzungsplänen in Großstädten, wie z. B. derzeit in Köln, nach dem neuen Bundesbaugesetz und der Baunutzungsverordnung in gewachsenen Gemengelage überwiegend dazu führt, daß in solchen Lagen befindliche Industrie- und Gewerbebetriebe in ihrem Bestand mittelfristig gefährdet werden und damit Arbeitsplätze verlorengehen, und wenn ja, welche Folgerungen zieht die Bundesregierung daraus?
94. Abgeordneter
**von der Heydt
Freiherr von
Massenbach**
(CDU/CSU)
- Hält die Bundesregierung es angesichts der Arbeitsmarktlage für sinnvoll, in der Baunutzungsverordnung eine Kennzeichnung für besondere Mischgebiete aufzunehmen, in denen Wohnen, Handwerk, Gewerbe und Industrie unter Hinnahme definierter Immissionsvorbelastungen zulässig sind, und dies in der Weise, daß der Besitzstand der Betriebe mit Hilfe von Erneuerungs- und begrenzten Erweiterungsinvestitionen sichergestellt werden kann?
95. Abgeordneter
Dr. Spöri
(SPD)
- Hält die Bundesregierung eine nachträgliche Integration des landeseigenen baden-württembergischen Energiesparprogramms in die von ihr nunmehr angestrebte Realisierung des Energiesparprogramms über das Wohnungsmodernisierungsgesetz für möglich?
96. Abgeordneter
Nordlohne
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß zum gleichen Zeitpunkt der Bekanntgabe des Ausscheidens von Bundesminister Ravens durch den Bonner Regierungssprecher der betroffene Bundesminister selbst den regionalen Presseorganen auf die Frage „Sie wollen hinsichtlich Ihres Ausscheidens aus dem Kabinett an dem Termin festhalten, den Sie aus arbeitstechnischen Gründen in Bonn schon vor einiger Zeit ins Auge gefaßt haben?“ erklärte, „Ja, daran wird sich nichts ändern“, und wenn ja, womit erklärt die Bundesregierung diese Tatsache?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

97. Abgeordneter
Niegel
(CDU/CSU)
- In welcher Form und mit welchem Erfolg hat die Bundesregierung gegen die Zurückweisung einiger Bundestagsabgeordneter durch Grenzbeamte der DDR am 16. und 17. Januar 1978 in Berlin protestiert, insbesondere unter dem Hinweis darauf, daß sie vorher gegen die Zurückweisung des Vorsitzenden der Bundestagsfraktion der CDU/CSU, Dr. Kohl, und des parlamentarischen Geschäftsführers der Opposition, Dr. Jenninger, Protest eingelegt hatte?

98. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU)
- Treffen Pressemeldungen zu, nach denen Staatsminister Wischniewski bei seinem Besuch in Ost-Berlin ursprünglich auf der Teilnahme des Leiters der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland, Staatssekretär Gaus, an seinen Gesprächen mit der DDR-Führung bestanden hat, sich dann jedoch davon hat abbringen lassen, und welches waren gegebenenfalls die Gründe für dieses sein Verhalten?
99. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU)
- Welche der derzeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR bestehenden aktuellen Probleme sind von Staatsminister Wischniewski bei seinen Gesprächen mit der DDR-Führung angesprochen worden, und bei welchen davon hat er die Zusage erhalten, daß die DDR Verletzungen getroffener Vereinbarungen rückgängig machen, aufheben oder künftig unterlassen wird?
100. Abgeordneter
Dr. Abelein
(CDU/CSU)
- Auf welche Weise hofft die Bundesregierung, die DDR zur Einhaltung der Vereinbarungen über die Arbeitsmöglichkeiten für Journalisten zu veranlassen, nachdem nunmehr bereits im dritten gravierenden Fall alle Erklärungen der Bundesregierung, daß dies „ein erneuter Fall und eine Beeinträchtigung der Beziehungen zwischen der DDR und der Bundesrepublik Deutschland sei“, nicht zum Erfolg geführt haben und nachdem es unsere Rechtsordnung verbietet, die Rechtsbrüche der DDR mit gleichartigen Maßnahmen gegen Journalisten der DDR zu beantworten?
101. Abgeordneter
Dr. Abelein
(CDU/CSU)
- Wie bewertet die Bundesregierung vor dem Hintergrund der jüngsten Zwischenfälle in den innerdeutschen Beziehungen, wie der Schließung des „Spiegel“-Büros und der Zurückweisung von CDU-Politikern bei der Einreise nach Berlin (Ost), die Aussage des Grundvertragsunterhändlers Bahr aus dem Jahr 1973, „Wir müssen zunächst einmal den Grundvertrag in Kraft setzen, dann werden wir das politische Instrument haben, um auf die DDR einzuwirken, daß sie das, was zugesagt ist, auch den Buchstaben und dem Geist nach voll einhält“ (Stern, vom 15. März 1973)?
102. Abgeordneter
Böhm
(Melsungen)
(CDU/CSU)
- Welche Begründung hat die DDR-Regierung für ihr Vorgehen gegen den „Spiegel“ auf die Vorstellungen des Staatssekretärs Gaus beim Ministerium für auswärtige Angelegenheiten der DDR gegeben, und entspricht diese Begründung nach Auffassung der Bundesregierung den innerdeutschen Vereinbarungen über die Arbeitsmöglichkeiten für Journalisten?
103. Abgeordneter
Böhm
(Melsungen)
(CDU/CSU)
- Welche Folgerungen zieht die Bundesregierung aus der Erklärung der amerikanischen Mission in Berlin, wonach ihre eigenen Untersuchungen ergeben hätten, daß DDR-Grenzsoldaten in der vergangenen Woche bei Röddow illegal in den amerikanischen Sektor von Berlin eingedrungen seien, und wie fügt sich dieser Vorgang nach Auffassung der Bundesregierung in den Gesamtzusammenhang der Berlin-Politik der DDR-Regierung ein?

104. Abgeordneter
Dr. Kunz
(Weiden)
(CDU/CSU) Wie kann, angesichts der Tatsache, daß die bundesweiten konjunkturpolitischen Maßnahmen der Bundesregierung den notwendigen Fördervorsprung des Zonenrandgebiets nahezu aufheben, das auch von der Bundesregierung „durchaus noch als verbesserungswürdig“ erachtete Förderinstrumentarium für das Zonenrandgebiet erweitert werden, ohne daß „verteilungspolitische und EG-rechtliche Grenzen viel zu kraß“ verletzt werden (Staatssekretär Höhmann am 10. Oktober 1977 in Lübeck)?
105. Abgeordneter
Spranger
(CDU/CSU) Stimmt die Bundesregierung der Einschätzung von Presseberichten — z. B. des Spiegel vom 6. Februar 1977 — zu, daß die Sondermission von Staatsminister Wischniewski in Ost-Berlin gescheitert ist, und sieht die Bundesregierung in dieser Mission einen Beitrag zur Entspannungspolitik?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

106. Abgeordnete
Frau
Dr. Walz
(CDU/CSU) Aus welchen Gründen werden die Mittel für die Vertragsforschung kleiner und mittlerer Unternehmen über den Bundesforschungsminister bereitgestellt und nicht über den Bundeswirtschaftsminister, und ist gegebenenfalls beabsichtigt, dies in den nächsten Jahren zu ändern?
107. Abgeordnete
Frau
Dr. Walz
(CDU/CSU) Was spricht nach Ansicht der Bundesregierung dafür, die Förderung der Fernwärme und der anwendungsnahen Kohleforschung über den Bundesforschungsminister abzuwickeln und nicht über den Bundeswirtschaftsminister?
108. Abgeordneter
Lenzer
(CDU/CSU) Welchen Beschränkungen unterliegen nach der gegenwärtigen Rechtslage deutsche Nuklearhandelschiffe beim Anlaufen von Häfen, und wie ist insbesondere die Genehmigung des Anlaufens von Frachtschiffen auf den Hauptfahrtrouten z. Z. geregelt?
109. Abgeordneter
Lenzer
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die Zukunft von atomgetriebenen Handelsschiffen, und wie gedenkt sie die bisherigen Erfahrungen mit der „Otto Hahn“ hierbei zu nutzen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

110. Abgeordnete
Frau
Eilers
(Bielefeld)
(SPD) Welche Konsequenzen gedenkt die Bundesregierung aus der im Entwurf des Berufsbildungsberichts 1978 deutlich werdenden Benachteiligung von Mädchen bei der Berufsausbildung zu ziehen?
111. Abgeordneter
Hasinger
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung der Bericht der Föderation türkischer Arbeitervereine über die Bildungssituation türkischer Kinder in der Bundesrepublik Deutschland bekannt, der von einer sozialen Katastrophe größten Ausmaßes spricht, und welche Konsequenzen gedenkt sie gegebenenfalls im Rahmen ihrer Zuständigkeiten zu ziehen?

- | | |
|---|--|
| 112. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU) | Welche Staaten Europas erkennen nach dem Wissensstand der Bundesregierung das deutsche Abitur nicht an? |
| 113. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU) | Ist es rechtlich möglich, daß das deutsche Abitur im Rahmen des EG-Kulturabkommens nicht anerkannt wird? |
| 114. Abgeordneter
Thüsing
(SPD) | Wie beurteilt die Bundesregierung Aufgaben und Stellung der Studentenschaft, wie sie auf der Grundlage des Hochschulrahmengesetzes in den Landeshochschulgesetzen oder den Entwürfen dazu ihren Niederschlag gefunden haben? |

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

- | | |
|--|--|
| 115. Abgeordnete
Frau
Dr. Lepsius
(SPD) | Ist der Bundesregierung bekannt, daß Anträge nach dem Gesetz zur vereinfachten Anpassung von Unterhaltsrenten auf zehnprozentige Aufstockung bei den Amtsgerichten in den Ländern nur schleppend eingehen und etwa nur 10 v. H. der Anpassungen des Regelunterhalts nach dem Nichtehelichenrecht ausmachen, und wird die Bundesregierung aus diesem alarmierenden Zustand Konsequenzen für eine bundesweite Kampagne — beispielsweise über sogenannte grüne Blätter und Illustrierte — ziehen? |
| 116. Abgeordnete
Frau
Dr. Lepsius
(SPD) | Wäre die Bundesregierung nach Ablauf einer gewissen zeitlichen Frist — gegebenenfalls bereit zu überprüfen, ob den geschiedenen Müttern zur Unterstützung in Unterhaltssachen wie im Nichtehelichenrecht ein gesetzlicher Beistand zur Seite gegeben werden könnte? |
| 117. Abgeordneter
Schreiber
(SPD) | Wird die Bundesregierung gesetzgeberisch tätig werden, um der zunehmenden Verbreitung nationalsozialistischer Propaganda Einhalt zu gebieten, die in Form von sogenannten Original-Bild und -Tondokumentationen ohne begleitende Kommentierung auf dem Bücher- und Schallplattenmarkt kommt? |
| 118. Abgeordnete
Frau
Dr. Martiny-Glotz
(SPD) | Ist die Bundesregierung bereit, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um irreführende Werbebehauptungen für Hausfrauenkredite (s. Artikel in der Zeit vom 13. Januar 1978) abzustellen? |

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

- | | |
|---|--|
| 119. Abgeordneter
Fiebig
(SPD) | Welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zu treffen, um durchzusetzen, daß die gesetzlichen Krankenkassen und die Kassenärztlichen Vereinigungen den erklärten Willen des 7. Deutschen Bundestages zur Gleichberechtigung aller therapeutischen Richtungen respektieren und bei der neuen Richtlinie des Bundesausschusses Ärzte-Krankenkassen die Verbände der besonderen Heilverfahren gleichgewichtig heranziehen für die Beurteilung von Arzneimitteln und nicht mehr nur dem privaten, nicht eingetragenen Verein, der sich ohne Legitimation „Arzneimittelkommission der |
|---|--|

- deutschen Ärzteschaft“ nennt, der sich in seiner Pressekonferenz am 6. Juli 1976 zum Gesetzgeber mit zahlreichen abwertenden Behauptungen in eindeutigem Gegensatz gestellt hat?
120. Abgeordneter
Dr. Becker
(Frankfurt)
(CDU/CSU)
- Welche Ursachen hat die Kostenexplosion in der Unfallversicherung der Schüler und Studenten, deren Kosten vor ihrer Einführung 1972 auf jährlich 36 Millionen DM geschätzt und 1976 auf 192 Millionen DM geklettert waren, von denen die öffentliche Hand 141 Millionen DM übernommen hat, und welche Folgerungen zieht die Bundesregierung daraus?
121. Abgeordneter
Dr. Steger
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die von der „Lebenshilfe für geistig Behinderte“ gemachten Vorschläge zur Änderung des Gesetzes über die unentgeltliche Beförderung im Nahverkehr, und will sie Initiativen ergreifen, um nicht nur auf diesem Gebiet eine Gleichstellung der geistig Behinderten mit Schwerbehinderten zu erreichen?
122. Abgeordneter
Müller
(Berlin)
(CDU/CSU)
- Was veranlaßt neuerdings die Bundesregierung — wie z. B. in den „sozialpolitischen Informationen“ vom 14. Oktober 1977 oder den Bundeskanzler in seiner Rede vor dem Deutschen Bundestag am 24. Januar 1978 —, das Rentenniveau nach einem Altersruhegeld, dem 45 Versicherungsjahre zugrundeliegen, und an dem durchschnittlichen Nettoarbeitsentgelt zu bemessen, anstatt wie bisher nach der in § 1272 Abs. 2 RVO bzw. § 49 Abs. 2 AVG vorgeschriebenen Formel, wonach das Rentenniveau „an einem Altersruhegeld, dem 40 anrechnungsfähige Versicherungsjahre und eine für den Versicherten maßgebende Bemessungsgrundlage von 100 vom 100 (eines ganz bestimmten durchschnittlichen Bruttoarbeitsentgelts)-zugrundeliegen,“ gemessen wird?
123. Abgeordneter
Müller
(Berlin)
(CDU/CSU)
- Um wieviel ist das durchschnittliche Bruttoarbeitsentgelt aller Versicherten seit 1957 — das ja Ausgangsbasis für die Rentenberechnung ist — gestiegen, und wie sind im gleichen Zeitraum bis 1977 die Renten gestiegen?
124. Abgeordneter
Urbaniak
(SPD)
- Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, in welchem Umfang das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz umgangen wird (vgl. Spiegel Nr. 5/78), und wenn ja, welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zu ergreifen, um gegen derartige Praktiken vorzugehen?
125. Abgeordneter
Löffler
(SPD)
- Hat die Bundesregierung die Absicht, eine Novellierung des Gesetzes über die unentgeltliche Beförderung von Kriegs- und Wehrdienstbeschädigten sowie von anderen Behinderten im Nahverkehr durchzuführen mit dem Ziel, auch geistig Behinderte in den begünstigten Personenkreis einzubeziehen?
126. Abgeordneter
Löffler
(SPD)
- Wenn ja, wann ist mit der Einbringung dieses Gesetzes zu rechnen?
127. Abgeordneter
Dr. Spöri
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, inwieweit die arbeitsmarktpolitischen Effekte von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen im kommunalen Bereich dadurch unterlaufen werden, daß ABM-Mittel im Rahmen laufender und keineswegs zusätzlicher Arbeiten, für die teilweise sogar kommunale Planstellen vorhanden sind, eingesetzt werden, und welche Konsequenzen wird die Bundesregierung hieraus ziehen?

- | | |
|--|---|
| 128. Abgeordneter
Stutzer
(CDU/CSU) | Wie hoch schätzt die Bundesregierung die Zahl der beschäftigungslosen, erwerbswilligen, jedoch nicht arbeitslos gemeldeten Personen? |
| 129. Abgeordneter
Thüsing
(SPD) | Ist der Bundesregierung bekannt, daß Arbeitslose, die sich weiterbilden oder umgeschult werden, wenn sie nach einer Krankheit Wiederbewilligungsanträge beim Arbeitsamt stellen, meist 4 bis 6 Wochen warten müssen, bis die Zahlungen des Unterhaltsgelds wieder beginnen, und daß diese finanzielle Belastung häufig zum Abbruch der Teilnahme an Weiterbildungsmaßnahmen führt, und was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um diesem Zustand abzu-
helfen? |

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

- | | |
|--|--|
| 130. Abgeordneter
Luster
(CDU/CSU) | Trifft es zu, daß die Bundesregierung beabsichtigt, der Belgrader Folgekonferenz zur KSZE vorzuschlagen, ein von allen europäischen Staaten getragenes Krebsforschungszentrum in Berlin (West) einzurichten, und worauf stützt sich die Ansicht des Staatsministers Wischniewski, daß ein solcher Vorschlag gute Chancen habe? |
| 131. Abgeordneter
Luster
(CDU/CSU) | Handelt es sich bei dem von Staatsminister Wischniewski der Öffentlichkeit mitgeteilten Vorhaben um ein mit verbündeten oder anderen befreundeten Staaten bereits abgestimmtes Projekt oder lediglich um eine Absichtserklärung, die dann zwar geeignet wäre, verfrühte Hoffnungen hinsichtlich der Schaffung einer internationalen Forschungseinrichtung mit Sitz in Berlin zu wecken, über deren Verbindlichkeit für die Bundesregierung und deren Realisierungschance durch Unterstützung anderer Regierungen jedoch noch keine gesicherten Erkenntnisse vorliegen? |
| 132. Abgeordneter
Dr. Becker
(Frankfurt)
(CDU/CSU) | Wann beabsichtigt die Bundesregierung, die Stelle des Sozialreferenten bei der deutschen Botschaft in Delhi (Indien) zu besetzen, die seit Frühjahr 1977 vakant ist, was bereits ein Jahr zuvor vorauszusehen war? |
| 133. Abgeordneter
Daweke
(CDU/CSU) | Liegen der Bundesregierung Hinweise auf den Wahrheitsgehalt von Agenturmeldungen vom 31. Januar 1978 vor, wonach die somalische Regierung die in Mogadischu anlässlich der Stürmung der Lufthansamaschine Landshut verletzte Terroristin freigelassen hat, und wenn ja, welche Möglichkeiten hat die Bundesregierung genutzt, um diese Maßnahme der somalischen Regierung zu verhindern? |
| 134. Abgeordneter
Wohlrabe
(CDU/CSU) | Ist der Bundesregierung bekannt, daß sich das kommunistische Kürzel „BRD“ in Österreich in den Massenmedien und auch insbesondere im Sportgeschehen zunehmend verbreitet, und welche Bemühungen hat der Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Wien bisher unternommen, um das kommunistische Kürzel „BRD“ im Sprachgebrauch Österreichs abzuwenden? |

135. Abgeordneter
Straßmeir
(CDU/CSU)
- Sieht die Bundesregierung in der rapide anwachsenden Zahl von sogenannten Verdachtskontrollen gemäß Artikel 16 des Transitabkommens auf den Transitstrecken nach Berlin seit Oktober 1977 — insbesondere bei Reisenden in Pkw's — eine Verletzung des Viernächteabkommens vom 3. September 1971 wie des Transitabkommens vom 12. Dezember 1971?
136. Abgeordneter
Straßmeir
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, Maßnahmen z.B. gemäß Artikel 19 Abs. 5 des Transitabkommens oder entsprechend dem Memorandum des Bundesaußenministers zum Transitabkommen vom 15. Dezember 1971 einzuleiten, nachdem die DDR in der Sitzung der Transitkommission vom 18. Januar 1978 keine Begründung für ihre ungerechtfertigten Kontrollen abgegeben hat und andererseits ihre Verdachtskontrollen in gesteigertem Umfang fortsetzt?
137. Abgeordneter
Biehle
(CDU/CSU)
- Treffen Pressemeldungen zu, wonach in ihrer Heimat abgeworbene Pakistanis illegal über West-Berlin in die Bundesrepublik Deutschland als Asylsuchende einreisen, und ist gegebenenfalls die Bundesregierung bereit, diesen von internationalen Geschäftemachern abgeworbenen Pakistanis die Einreise zu verweigern bzw. außenpolitisch tätig zu werden, wie dies auch bereits der Berliner Senat gefordert hat, um den Zustrom von Asylanten aus Pakistan einzudämmen?

**B. Schriftliche Anfragen gemäß IV. der Richtlinien
sowie Fragen gemäß I. der Richtlinien, um deren
schriftliche Beantwortung bis zur Drucklegung
gebeten wurde**

**Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und
des Bundeskanzleramtes**

1. Abgeordneter
Engelsberger
(CDU/CSU) Treffen Pressemeldungen zu, daß sowohl der bisherige Bundesfinanzminister Dr. Apel als auch der bisherige Bundesforschungsminister Matthöfer Zweifel an ihrer Befähigung für ihre neuen Aufgaben als Bundesverteidigungsminister bzw. als Bundesfinanzminister geäußert hätten und sie lediglich zum Ressortwechsel bereit gewesen seien, da es in der SPD eben „Disziplin und Gehorsam“ gebe?
2. Abgeordneter
Engelsberger
(CDU/CSU) Trifft die Meldung im „Spiegel“ vom 6. Februar 1978 zu, daß der neue Bundesfinanzminister Matthöfer, zur von der SPD geforderten Übernahme des Finanzressorts erklärt habe, „das kann ich nicht und das will ich nicht“, sondern er habe Spaß an seinem Job als Bundesforschungsminister und traue sich das schwierige Geschäft des Bundesfinanzministers nicht zu, und wenn ja, kann unter diesen Umständen die Bundesregierung ihrem Verfassungsauftrag, den Nutzen des Deutschen Volks zu mehren und Schaden von ihm zu wenden, überhaupt noch gerecht werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

3. Abgeordneter
Seefeld
(SPD) Hat die Bundesregierung in Anbetracht der Terrorereignisse der letzten Zeit sowie der danach folgenden Aktionen gegen deutsche Einrichtungen im Ausland Maßnahmen zum Schutz der deutschen Auslandschulen ergriffen, wie sie es bereits für ihre Auslandsvertretungen getan hat, und wenn nein, ist die Bundesregierung bereit, unverzüglich solche Maßnahmen einzuleiten und die für deren Ausführung erforderlichen Mittel bereitzustellen?
4. Abgeordneter
Dr. Stercken
(CDU/CSU) Gedenkt die Bundesregierung etwas zu tun — wenn ja, was, und wenn nein, warum nicht —, um den deutschen Auswärtigen Dienst vor der Diffamierung zu schützen, die nach einem Interview mit dem Kölner Stadtanzeiger vom 21./22. Januar 1978 von Herrn Günter Grass mit folgender Auffassung zum Ausdruck gebracht wurde: „Die Hilflosigkeit unserer Diplomaten ist kaum zu überbieten. Die Sprachlosigkeit, die bornierte Dummheit, die Botschafter an den Tag legen, die in solchen brenzligen Situationen eigentlich in der Lage sein sollten, die Bundesrepublik auf kritische Weise zu repräsentieren, ist mir immer wieder aufgefallen. Und ich habe oft erlebt, daß der Schriftsteller, wenn er gerade am Ort ist, sich als der bessere Diplomat erwies“?

5. Abgeordneter
Dr. Narjes
(CDU/CSU)
- Wird die Bundesregierung sich auch nach den inzwischen erschienenen Presseberichten (u. a. Titelgeschichte in Newsweek vom 23. Januar 1978) in ihren Reaktionen auf die Greuelthaten der Roten Khmer in Kambodscha unverändert so passiv verhalten wie dies aus ihrer Antwort vom 10. November 1977 (Drucksache 8/1125, Frage B 6) ersichtlich ist, und will sie auf Aktionsmittel im Rahmen der Vereinten Nationen verzichten?
6. Abgeordneter
Weiskirch
(Olpe)
(CDU/CSU)
- Liegt in der unterschiedlichen Behandlung der deutschen Bundeswehreinheiten im Vergleich zu den amerikanisch-kanadisch-englischen AMF-Truppen in Norwegen ein politisch-moralisch diskriminierendes Element, das dem Zusammenhalt des Bündnisses in politischen Grundsatzfragen zuwiderläuft?
7. Abgeordneter
Weiskirch
(Olpe)
(CDU/CSU)
- Worauf zielte die Kampagne der sowjetisch-finnischen Staatsführung gegen die Absicht Norwegens, seine militärischen Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland zu normalisieren, konkret ab?
8. Abgeordneter
Dr. Mertes
(Gerolstein)
(CDU/CSU)
- Was hat die Bundesregierung getan, um der seit Monaten in uns verbündeten und befreundeten Staaten Nordeuropas laufenden sowjetischen Kampagne mit dem Ziel der Weckung anti-deutscher Ressentiments und ablehnender Grundeinstellungen zur Bundesrepublik Deutschland entgegenzuwirken?
9. Abgeordneter
Dr. Mertes
(Gerolstein)
(CDU/CSU)
- Hält die Bundesregierung angesichts des deutsch-sowjetischen Vertrags vom 12. August 1970 die vertragliche Anerkennung des umfassenden und uneingeschränkten deutschen Gewaltverzichts durch die Sowjetunion für vereinbar mit den einschüchternden Warnungen der Sowjetunion vor einer angeblichen deutschen Gefahr im Norden, und hält die Bundesregierung die drohende Sprache der nuklearen und konventionellen Großmacht Sowjetunion gegenüber den nordeuropäischen Verbündeten der Bundesrepublik Deutschland für vereinbar mit dem umfassenden und uneingeschränkten sowjetischen Verzicht auf die Androhung und Anwendung von Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele, d. h. mit Artikel 1 und 2 des deutsch-sowjetischen Vertrags vom 12. August 1970?
10. Abgeordneter
Dr. Jentsch
(Wiesbaden)
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die zunächst verwehrte Einreise der Spielerinnen der Handballmannschaft von Guts Muths Berlin nach Bulgarien mit der Begründung, daß sie deutsche Pässe hätten, und zu welchen Schritten hat sich die Bundesregierung durch diesen Vorgang veranlaßt gefühlt?
11. Abgeordnete
Frau Schleicher
(CDU/CSU)
- Was hat die Bundesregierung getan, um die deutsche Botschaft in Bangkok durch Fachleute für die Bekämpfung des Rauschgiftschmuggels zu verstärken, um damit auch ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit Ländern wie Großbritannien, Frankreich, den Niederlanden, Kanada und Schweden zu beweisen, die dies ihrerseits getan haben?
12. Abgeordneter
Müller
(Mülheim)
(SPD)
- Bestätigt die Bundesregierung die Richtigkeit des Vorgehens kommunaler Behörden, die Aussiedlern aus Polen, die nach 1945 auf dem Gebiet des heutigen Polen geboren wurden, für die Entlassung aus

- der polnischen Staatsangehörigkeit und zur Erlangung eines deutschen Passes eine Gebühr von 800 DM abverlangen, und läßt sich nicht, vorausgesetzt, daß dieses Vorgehen der Behörden rechtmäßig ist, ein Weg finden, diese Gebühr zu mindern oder ganz in Fortfall zu bringen?
13. Abgeordneter
Westphal
(SPD)
- Hat die Bundesregierung bei ihren Gesprächen mit der französischen Regierung im Rahmen der Konsultationen am 6. und 7. Februar 1978 oder bei anderer Gelegenheit klargestellt, daß deutscherseits die Lieferung von Waffen in Spannungsgebiete abgelehnt wird und dies auch auf den Fall zutrifft, in dem deutsche Firmen als Zulieferer und Mitproduzenten an Waffensystemen zur Panzerabwehr beteiligt sind, die durch eine gemeinsame Tochterfirma nach französischem Recht „Euromissile“ nach Syrien geliefert werden?
14. Abgeordneter
Westphal
(SPD)
- Hat die Bundesregierung in diesem Zusammenhang gegenüber dem französischen Partner deutlich gemacht, daß Waffenlieferungen dieser Art die friedliche Überwindung des Nah-Ost-Konflikts erschweren und unsere freundschaftlichen Beziehungen zum Staat Israel in unerträglicher Weise belasten?
15. Abgeordneter
Westphal
(SPD)
- Welche Schritte unternimmt die Bundesregierung, um Waffenlieferungen in Spannungsgebiete aus Produktionen, an denen deutsche Firmen beteiligt sind, über Firmen ausländischen Rechts zu verhindern?
16. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, zur Erfüllung der ihr obliegenden Schutzpflicht für Deutsche von Verfassungen wegen und um Schaden vom deutschen Volk zu wenden, sich Gewißheit und verstärkte Informationen zu verschaffen über das Schicksal aller Anträge deutscher Staatsangehöriger auf Ausreise aus den Gebieten östlich von Oder und Neiße und aus Polen und die Ausreisebereitschaft des genannten Personenkreises aus den erwähnten Gebieten?
17. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU)
- Besteht von Verfassungen wegen die Pflicht der Bundesregierung, alle „Prüfungsfälle“ deutscher Staatsangehöriger, die die Ausreise aus den Gebieten östlich von Oder und Neiße und aus Polen fordern, einschließlich der dem Deutschen Roten Kreuz bekannten und erledigten Fälle, mit völkerrechtlich zulässigen Mitteln zu vertreten, und kann diese Pflicht erfüllt werden, wenn diese „Prüfungsfälle“ lediglich als „ungeprüfte Ausreisewünsche“ behandelt werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

18. Abgeordneter
Horn
(SPD)
- Hält die Bundesregierung es für vertretbar, daß bei Zusammenlegungen von Gemeinden im Zuge der Gebietsreform die uneingeschränkte Mitbestimmung nach § 75 Abs. 1 Nr. 3 und die eingeschränkte Mitbestimmung nach § 76 Abs. 1 Nr. 4 des Bundespersonalvertretungsgesetzes durch die Ausdehnung der Gemeindegrenzen in vielen Fällen nicht mehr gegeben ist, da das Einzugsgebiet im Sinne des Bundesumzugskostenrechts durch die Gebietsreform teilweise wesentlich vergrößert wurde, und wenn nein, wird sie Konsequenzen daraus ziehen?

19. Abgeordneter
Gansel
(SPD) Wie weit sind die Vorbereitungen zur Änderung des Personenstandsgesetzes (siehe Beschluß des 7. Deutschen Bundestages, Drucksache 7/4940), und ist die Bundesregierung nicht auch der Ansicht, daß im Interesse der Betroffenen der Gesetzentwurf möglichst bald vorgelegt werden sollte?
20. Abgeordneter
Dr. Jahn
(Braunschweig)
(CDU/CSU) Kann die Bundesregierung Auskunft darüber geben, welcher Art die Widerstände im Rat der Europäischen Gemeinschaften gegenüber der Einführung eines europäischen Passes und eines europäischen Führerscheins sind?
21. Abgeordneter
Dr. Jahn
(Braunschweig)
(CDU/CSU) Kann die Bundesregierung darüber Auskunft geben, in welchem Umfang zur Zeit in der Bundesrepublik Deutschland Altpapier der Wiederverwertung zugeführt wird und welche Schritte unternommen werden, um im Sinne der Rohstoffersparnis in der Zukunft die systematische Erfassung von Altpapier zu erreichen?
22. Abgeordneter
Dr. Jahn
(Braunschweig)
(CDU/CSU) Welche Auffassung vertritt die Bundesregierung in der Frage der Errichtung eines europäischen Zentrums für Umweltdokumentation, die der Präsident der Französischen Republik, Giscard d'Estaing, in einer Rede während eines von der UNESCO veranstalteten „Europäischen Treffens über Leben und Umwelt“ gefordert hat?
23. Abgeordneter
Würtz
(SPD) Sind der Bundesregierung Schwierigkeiten beim Anhalten von Fahrzeugen aus Funkstreifenwagen bekannt (siehe Anfrage des MdL Engels – Niedersächsischer Landtag), und wenn ja, welche Möglichkeiten sieht sie im Bereich des Bundes zur Abhilfe?
24. Abgeordneter
Schäfer
(Offenburg)
(SPD) Wieviel Satelliten mit Atomreaktoren an Bord sind nach Kenntnis der Bundesregierung derzeit im Erdumlauf, und wie hoch ist das Gefährdungspotential im Fall eines Absturzes solcher Satelliten?
25. Abgeordneter
Schäfer
(Offenburg)
(SPD) Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung für die Genehmigungspraxis deutscher Kernkraftwerke aus der Tatsache, daß entgegen ursprünglich optimistischer Annahme der Firmenleitung der französischen Wiederaufarbeitungsanlage in Cap La Hague offenkundig erhebliche Schwierigkeiten bei der Wiederaufbereitung aufgetreten sind, die die Kapazität erheblich reduzieren?
26. Abgeordneter
Krockert
(SPD) Wieviel Flugkörper mit Kernspaltungsvorrichtungen befinden sich nach Kenntnis der Bundesregierung in Umlaufbahnen um die Erde, und mit welchen Strahlungswirkungen auf Lebewesen und Umwelt ist nach planmäßiger Beendigung der Umläufe bzw. bei vorzeitigem Rücksturz jeweils zu rechnen?
27. Abgeordneter
Krockert
(SPD) Welche internationalen Abmachungen und sonstigen Vorkehrungen zum Schutz des Lebens hält die Bundesregierung angesichts der kürzlich erkennbar gewordenen Gefährdungen für erforderlich, und auf welchen Wegen wird sie sich dafür einsetzen?
28. Abgeordneter
Kunz
(Berlin)
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die Mitgliedschaft des Parlamentarischen Staatssekretärs im Bundesinnenministerium, von Schoeler, im Beirat der Humanistischen Union, deren Vorstand u. a. Rechts-

- anwalt Otto Schily angehört und die in einer Stellungnahme zu den Gesetzesvorlagen der Koalition zur Bekämpfung des Terrorismus diese u. a. als „offenen Bruch mit einem rechtsstaatlichen Grundprinzip . . . zugunsten einer allein an exekutiven Zweckmäßigkeitskriterien und polizeitechnischen Eigengesetzlichkeiten orientierten Rechtssetzung“ qualifiziert hat?
29. Abgeordneter
Kunz
(Berlin)
(CDU/CSU) Teilt der Parlamentarische Staatssekretär von Schoeler die Bewertung der Koalitionsentwürfe als „Razziengesetze“ durch die Humanistische Union, wie sie in deren Stellungnahme vom 5. Januar 1978 niedergelegt ist?
30. Abgeordneter
Biechele
(CDU/CSU) Konnte der Öleintrag in den Bodensee, der im Jahr 1975 noch auf 25,8 Tonnen je Jahr veranschlagt wurde, verringert werden, wer sind die Verursacher dieses Öleintrags, und welche Möglichkeiten bestehen, um diese bedenkliche Gefährdung der Wasserqualität des Bodensees weiter abzubauen?
31. Abgeordneter
Dr. Riedl
(München)
(CDU/CSU) Liegt der Bundesregierung das Ergebnis der Bund/Länder-Arbeitsgruppe für die Erweiterung des Geltungsbereichs der Übergangszahlungsverordnung vor, und zu welchem Ergebnis ist diese Arbeitsgruppe gegebenenfalls hinsichtlich der Einbeziehung des Werks- und Betriebsdienstes in den Geltungsbereich der Übergangszahlungsverordnung gekommen?
32. Abgeordneter
Dr. Riedl
(München)
(CDU/CSU) Wie groß ist die Zahl der seit 1971 im Bereich des Bundes angeordneten Überstunden für Arbeiter, Angestellte und Beamte, und wieviel von diesen Überstunden konnten durch Freizeit bzw. durch finanzielle Entschädigung abgegolten werden?
33. Abgeordneter
Dr. Laufs
(CDU/CSU) Welche Vorstellungen hat die Bundesregierung über die Forschungsförderung der Reaktorsicherheit seitens des Staats, und wie findet im einzelnen die Abstimmung der Förderungsmaßnahmen zwischen dem Bundesinnenminister und dem Bundesforschungsminister statt?
34. Abgeordneter
Dr. Laufs
(CDU/CSU) Welche Projekte im Bereich der Reaktorsicherheitsforschung von Leichtwasserreaktoren hat in den Jahren 1973 bis 1977 der Bundesforschungsminister bzw. der Bundesinnenminister gefördert?
35. Abgeordneter
Dr. Stercken
(CDU/CSU) Beabsichtigt die Bundesregierung, dem sich ständig ausweitenden Gebrauch des Abkürzels „BRD“ in Publikationen von Bund, Ländern und Gemeinden, bei internationalen Sportveranstaltungen und in der deutschen Publizistik sowie in den Rundfunkanstalten entgegenzutreten?
36. Abgeordneter
Dr. Schmitt-Vockenhausen
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, daß in Auffangstellen Asylbewerber teilweise bis zu drei Jahre auf eine Entscheidung über ihren Asylantrag warten, und welche Möglichkeiten sieht sie, um eine schnellere Bearbeitung der Anträge vom Bundesamt in Zirndorf zu ermöglichen?

37. Abgeordneter
Gansel
(SPD) Über welche Erkenntnisse verfügt die Bundesregierung in bezug auf Aktivitäten der rechtsextremen türkischen „Partei der nationalen Bewegung“ und ihrer Jugendorganisation und in bezug auf andere Aktivitäten unter der Bezeichnung „Graue Wölfe“, und welche Konsequenzen beabsichtigt die Bundesregierung zu ziehen?
38. Abgeordneter
Gansel
(SPD) Ist die Bundesregierung über die Beschlagnahme eines umfangreichen Waffenlagers in Everswinkel bei Warendorf am 27. Januar 1978 informiert, und welche Konsequenzen ergeben sich aus der „Wiederaufarbeitung“ funktionsunfähiger Waffen für die Novellierung der einschlägigen Gesetze?
39. Abgeordneter
Gerlach
(Obernau)
(CDU/CSU) Ist es nach dem Wissensstand der Bundesregierung richtig, daß dem Richter am Bundesverfassungsgericht Hirsch auf dem Hauptbahnhof in Essen eine Aktentasche mit Schlüsseln des Bundesverfassungsgerichts entwendet wurde, die er auf dem Bahnsteig unter der Aufsicht angeblicher Bahnpolizisten zurückgelassen hatte, und wenn ja, wurden die dadurch notwendigen Sicherheitsmaßnahmen gegen einen Mißbrauch der Schlüssel sofort nach dem Diebstahl ergriffen?
40. Abgeordneter
Gerlach
(Obernau)
(CDU/CSU) Kann gegebenenfalls der Dienstherr Ersatz der Kosten der notwendigen Sicherheitsvorkehrungen verlangen, und wenn ja, was wurde veranlaßt?
41. Abgeordneter
Pfeffermann
(CDU/CSU) Wie gedenkt die Bundesregierung den 25. Jahrestag des 17. Juni 1953 öffentlich zu begehen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

42. Abgeordneter
Francke
(Hamburg)
(CDU/CSU) Welche Gründe haben die Bundesregierung veranlaßt, gemäß Rundschreiben des Bundesfinanzministers vom 27. Juli 1966 — II A/4 — BA 1000 — 39/66// I A/3 — H 1 100 — 200/66 — nur den zwischen 18 und 24 Uhr am Heiligen Abend diensttuenden Soldaten ein Geschenkpäckchen im Werte von 7,50 DM pro Soldat zu geben?
43. Abgeordneter
Francke
(Hamburg)
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, zukünftig auch den zwischen 18 und 24 Uhr am Heiligen Abend in Alarmbereitschaft befindlichen Soldaten ein Geschenkpäckchen im Werte von 7,50 DM pro Soldat zu geben?
44. Abgeordneter
Seefeld
(SPD) Ist der Bundesregierung der Artikel „Wie sich der Fiskus selbst austrickst — und die Verkehrssicherheit gefährdet“ in der Ausgabe 12/77 in der Zeitschrift ADAC — Motorwelt, Seite 58, bekannt, und ist sie bereit, den darin gemachten Vorschlag aufzugreifen, beim Verkauf von Gebrauchtwagen künftig nur noch die Gewinnspanne und nicht den gesamten Gebrauchtwagenpreis zu besteuern?

45. Abgeordneter
Gerstein
(CDU/CSU)
- Wie unterscheidet sich nach dem Wissensstand der Bundesregierung die steuerliche Forschungsförderung für die Wirtschaft in den USA und in Japan von der Förderung in der Bundesrepublik Deutschland, und welche Folgerungen lassen sich hieraus für die Forschungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland ziehen?
46. Abgeordneter
Brandt
(Grolsheim)
(SPD)
- Warum steht der Hinterbliebenenpauschbetrag gem. § 33 b Abs. 4 Nr. 3 EStG u. a. nur den Hinterbliebenen eines an den Folgen eines Dienstunfalls verstorbenen Beamten zu, nicht aber den Hinterbliebenen eines infolge von Krankheit verstorbenen Beamten?
47. Abgeordneter
Brandt
(Grolsheim)
(SPD)
- Wo liegen die Gründe dafür, daß dieser Pauschbetrag nicht sämtlichen Hinterbliebenen eines an den Folgen eines Dienstunfalls verstorbenen Beamten zusteht?
48. Abgeordneter
Dr. Mertes
(Gerolstein)
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß — wie von der Abteilung Stationierungstreitkräfte der Gewerkschaft ÖTV festgestellt — bei den amerikanischen Streitkräften in der Bundesrepublik Deutschland über 14 500 US-Touristen und -Familienangehörige auf Stellen beschäftigt sind, die gemäß dem NATO-Truppenstatut aus dem Arbeitsmarkt der Bundesrepublik Deutschland gestellt werden müssen, und kann die Bundesregierung bejahendenfalls ihre im Bundestag am 2. Juni 1976 gegebenen Antworten voll aufrechterhalten?
49. Abgeordneter
Dr. Mertes
(Gerolstein)
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß diese amerikanischen Staatsbürger entgegen den arbeitsrechtlichen Vorschriften für Angehörige von Drittländern — zur Arbeitsaufnahme ist in diesen Fällen jeweils eine Arbeitsgenehmigung der zuständigen Arbeitsverwaltung erforderlich — unter Umgehung geltender deutscher Rechtsvorschriften beschäftigt werden?
50. Abgeordneter
Dr. Stavenhagen
(CDU/CSU)
- Wie erklärt die Bundesregierung die Angabe über einen Steuerausfall von 149 Millionen DM im Jahr 1975, bedingt durch die Investitionszulage für Forschung und Entwicklung, im Vergleich zu der Tatsache, daß nach den Angaben des Stifterverbands für die deutsche Wissenschaft im gleichen Jahr 1 Milliarde DM für Investitionsausgaben in Forschung und Entwicklung getätigt werden und daß somit bei 7,5 Prozent Zulage auf Investitionen die Angaben der Bundesregierung nicht zutreffen können?
51. Abgeordneter
Hölscher
(FDP)
- Ist die Bundesregierung bereit, das Gelände des ehemaligen Proviantamts an der Prag in Stuttgart gegen ein anderes Gelände der Stadt Stuttgart zu tauschen oder der Stadt Stuttgart zu verkaufen, um dort die Errichtung eines Kultur- und Eislaufzentrums zu ermöglichen?
52. Abgeordneter
Würtz
(SPD)
- Welche Probleme treten bei der Verwendung von Kreditkarten durch Gebietsansässige in der DDR sowie die damit zusammenhängenden Zahlungen der Beteiligten im Bundesgebiet unmittelbar oder mittelbar zu Gunsten der Gläubiger in der DDR nach Artikel I Nr. 1 Buchstaben d und h des Militärregierungsgesetzes Nr. 53 (Neufassung) auf?

- | | |
|---|---|
| 53. Abgeordneter
Würtz
(SPD) | Hat die Bundesregierung inzwischen Verhandlungen mit den Alliierten aufgenommen, um diese restriktiven Handelsbestimmungen aufheben zu können? |
| 54. Abgeordneter
Dr. Schwencke
(Nienburg)
(SPD) | Welche Überlegungen hat die Bundesregierung und mit welchem Ergebnis angestellt, um die durch den bevorstehenden Abzug der britischen Armeeeinheiten aus Liebenau bei Nienburg demnächst leerstehenden Gebäude, u. a. Schloß Eickhoff, und das Gelände Camp Pinewood anders zu nutzen und damit eine weitere Schwächung dieser wirtschafts- und strukturschwachen Region zu verhindern? |
| 55. Abgeordneter
Schröder
(Lüneburg)
(CDU/CSU) | Trifft eine Pressemeldung zu (Landeszeitung Lüneburg vom 28./29. Januar 1978), derzufolge Bundesfinanzminister Dr. Apel eine Südtrassenautobahn von Berlin in den norddeutschen Raum durch die Landkreise Lüneburg und Lüchow-Dannenberg „als aus finanziellen Gründen unsinnig“ bezeichnet haben soll, und wenn ja, auf welchen vergleichenden Berechnungen stützt der Bundesfinanzminister seine Aussage, und kann diese Aussage als Vorentscheidung der Bundesregierung über den Verlauf der geplanten Autobahnverbindung gewertet werden? |
| 56. Abgeordneter
Daweke
(CDU/CSU) | Liegen der Bundesregierung Informationen darüber vor, daß Finanzämter in Nordrhein-Westfalen seit diesem Jahr bei Paketsendungen in die DDR einen Nachweis der „Bedürftigkeit“ des Empfängers verlangen, wenn der in der Bundesrepublik Deutschland lebende Absender den Gegenwert seiner Sendung steuerlich anrechnen lassen will? |
| 57. Abgeordneter
Daweke
(CDU/CSU) | Welche Überlegungen haben dazu geführt, daß Portokosten für derartige Sendungen als nicht mehr absetzbar gelten sollen? |
| 58. Abgeordneter
Spranger
(CDU/CSU) | Ist der Bundesregierung bekannt, daß in den letzten Jahren die für die freiwilligen Feuerwehren zur Verfügung gestellten Steueraufkommen nach dem Feuerschutzsteuergesetz bei wachsenden Kosten für die Ausrüstungsgegenstände der Feuerwehren ständig gesunken sind, und welche Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen, um diese finanziellen Schwierigkeiten der freiwilligen Feuerwehren einzudämmen? |
| 59. Abgeordneter
Wüster
(SPD) | Ist der Regierung bekannt, ob — wie vom Remscheider General-Anzeiger vom 18. Januar 1978 unter der Überschrift „Wildwest beim Zoll in Düsseldorf“ berichtet — Beamte des Zolls bei der Gepäckkontrolle am Flughafen „Willkür“ haben walten lassen, indem einem jugoslawischen Fluggast am 4. Januar 1978 gegen 14.10 Uhr mitgebrachte Fleischwaren wahllos aus dem Koffer herausgenommen und in einen Karton geworfen wurden unter Berufung auf eine Bestimmung, daß seit Januar 1978 die Einfuhr von nur drei Kilogramm erlaubt seien, wobei eine Waage zur Gewichtsprüfung nicht zur Verfügung stand? |
| 60. Abgeordneter
Wüster
(SPD) | Wie beurteilt die Bundesregierung den Umgang mit Reisenden beim Zoll, und welche Maßnahmen gedenkt sie zu ergreifen, um solche Vorfälle — falls die zitierte Meldung den Tatsachen entspricht — in Zukunft zu vermeiden? |

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

61. Abgeordneter
Dr. Spöri
(SPD) Ist es bei Bund-Länder Programmen zur Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ üblich, wie 1976 im Fall der Gerresheimer Glas AG in Heilbronn, aus einem Bund-Länder Sonderprogramm Zuschüsse für bereits im Vorjahr abgeschlossene Investitionen rückwirkend zu gewähren, und kann nach Auffassung der Bundesregierung durch eine derartig rückwirkende Förderpraxis mehr als ein sogenannter Mitnahmeeffekt für auch ohne Zuschuß zustandegekommene Investitionen erzielt werden?
62. Abgeordneter
Breidbach
(CDU/CSU) Kann die Bundesregierung mitteilen, welche Gesellschaften Eigentümer der Egofisk-Erdgasleitung nach Emden sind, und bestätigt die Bundesregierung, daß deutsche Gesellschaften, insbesondere deutsche Erdgasimporteure, an der Egofisk-Leitung nicht beteiligt sind?
63. Abgeordneter
Breidbach
(CDU/CSU) Mißt die Bundesregierung (abgesehen davon, daß Produzenten von Nordsee-Erdgas aus technischen Überlegungen heraus Wert darauf legen, Eigentümer dieser Leitung durch die Nordsee bis zur Übergabestation Emden zu sein) im Hinblick auf künftige Verträge zwischen Produzenten und Käufern der Tatsache eine Bedeutung bei, daß die deutschen Erdgasimporteure an der Egofisk-Leitung nicht beteiligt sind?
64. Abgeordneter
Dr. Hubrig
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die Möglichkeit, einen zeitabhängigen Stromtarif – ähnlich dem Telefentarif – einzuführen, und hat sie einen derartigen Vorschlag bisher schon untersuchen lassen?
65. Abgeordneter
Dr. Hubrig
(CDU/CSU) Gibt es nach dem Wissensstand der Bundesregierung heute schon marktfähige Produkte, um zeitabhängig den Stromverbrauch zu erfassen und einer Zentrale zur Erfassung weiterzumelden, und ist die Bundesregierung bereit, gegebenenfalls die Entwicklung derartiger Stromzähler zu unterstützen?
66. Abgeordneter
Pieroth
(CDU/CSU) Läßt sich der Antwort der Bundesregierung auf meine Frage zur Kritik der Sachverständigen im Spiegel-Interview des Bundeskanzlers vom 16. Januar 1978 (Frage 73, Drucksache 8/1437) entnehmen, daß die Bundesregierung nicht die Kritik einzelner Gewerkschaften teilt, der Sachverständigenrat habe in seinem letzten Gutachten Empfehlungen abgegeben und damit seinen gesetzlichen Auftrag verfehlt?
67. Abgeordneter
Pieroth
(CDU/CSU) Läßt sich der Antwort der Bundesregierung auf meine Frage zur Kritik der Sachverständigen im Spiegel-Interview des Bundeskanzlers vom 16. Januar 1978 (Frage 73, Drucksache 8/1437) entnehmen, der Bundeskanzler sehe eine Gesetzesverletzung darin, wenn Mitglieder des Sachverständigenrats in privaten Interviews ihre private Meinung darüber äußern, welche Lohnhöhe sie gesamtwirtschaftlich für optimal halten, oder was bezweckt der Bundeskanzler sonst mit seiner Kritik?

68. Abgeordneter
Breidbach
(CDU/CSU)
- Erkennt die Bundesregierung, daß der Anteil der Ruhrgas AG am gesamten Erdgasimport in die Bundesrepublik Deutschland (rund 40 v. H. im Jahr 1975) auf Grund der abgeschlossenen Verträge etwa 58 v. H. im Jahr 1980, etwa 62 v. H. im Jahr 1985 und etwa 66 v. H. im Jahr 1990 erreichen wird, und erkennt die Bundesregierung, daß sich als Folge ihrer Wettbewerbspolitik hier eine marktbeherrschende Stellung abzeichnet, die energie- und wettbewerbspolitisch unerwünscht ist?
69. Abgeordneter
Breidbach
(CDU/CSU)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, im Rahmen einer aktiven Energie- und Wettbewerbspolitik die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß weitere deutsche Gesellschaften auf den internationalen Gasmärkten operieren können bzw. als Importeure den Marktzugang in die Bundesrepublik Deutschland erhalten, wie dies z. B. den erkennbaren energiepolitischen Absichten süd- und südwestdeutscher Landesregierungen entspricht?
70. Abgeordneter
Dr. Schwörer
(CDU/CSU)
- Ist sich die Bundesregierung über die schwierige Lage der Einzelhandelsgeschäfte, vor allem in ländlichen Bezirken, im klaren, die vor allem die Versorgung der Bevölkerung des ländlichen Raums mit Lebensmitteln gefährdet, und ist sie bereit, die erforderlichen Maßnahmen zur Stärkung der Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit kleiner und mittlerer Einzelhandelsbetriebe zu ergreifen, besonders die Kartellbehörden zu ermuntern, Wettbewerbsverzerrungen der „Großen“ zu verhindern und durch steuerliche Maßnahmen der Auszehrung des Einzelhandels auf dem flachen Land Einhalt zu gebieten?
71. Abgeordneter
Dr. Schwörer
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung in der Lage, Auskunft darüber zu geben, welches Ergebnis die zweite Untersuchung über „subjektive Komponenten der Versorgungslage“ in ländlichen Gemeinden erbracht hat, und welche konkreten Maßnahmen hat die Bundesregierung ergriffen, um für die besonders betroffenen Mitbürger, besonders kinderreicher Familien, Rentner, älterer Menschen und Kranke, die Einkaufsmöglichkeiten zu erhalten?
72. Abgeordneter
Dr. Schwörer
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, darauf hinzuwirken, daß der Bevölkerung der Vorteil einer örtlichen Einkaufsmöglichkeit bewußter gemacht wird?
73. Abgeordneter
Dr. Schwörer
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Kritik einiger Länderregierungen, daß eine immer stärkere Bürokratisierung im Bereich der Gemeinschaftsaufgaben von Bund und Ländern dazu führe, daß zahlreiche bedeutende wirtschaftliche Investitionen verzögert werden, d. h., daß die Mitsprache des Bundes zu einem erheblichen Verwaltungsaufwand und damit zu spürbaren Investitionshemmungen führt (z. B. Ausbau und Neubau von Hochschulen, Krankenhäusern und Industrievorhaben)?
74. Abgeordneter
Ey
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Einschätzung des Exekutivdirektors der Internationalen Energie-Agentur, Dr. Lantzke (dessen Stellungnahme bei der öffentlichen Anhörung von Sachverständigen zur Energiepolitik durch den Bundestagsausschuß für Wirtschaft, Protokoll vom 17. Oktober 1977,

- Seite 14), daß „auch Erdgas im Ganzen uns nur eine Atempause auf dem Wege zu einer anderen Energieversorgungsstruktur bietet“, und daß man die weitere Entwicklung des Erdgases nicht unbegrenzt forcieren könne, und welche energiepolitischen Folgerungen zieht die Bundesregierung aus dieser Einschätzung?
75. Abgeordneter
Ey
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die von der Internationalen Energie-Agentur in einer für die letzte Weltenergiekonferenz in Istanbul (September 1977) bestimmten Untersuchung getroffene Feststellung, es könne nicht erwartet werden, „daß das Erdgas ein langfristiger Ersatz für Erdöl sein wird, und alle Anstrengungen müssen sich darauf konzentrieren, sowohl für Erdgas als auch für Erdöl einen möglichen Ersatz durch Schaffung neuer Energiequellen zu finden“ (Report der Internationalen Energie-Agentur „Towards an International Strategy for Energy Research and Development“, Seite 19), und welche energiepolitischen Folgerungen zieht die Bundesregierung aus diesen Feststellungen von seiten der Internationalen Energie-Agentur?
76. Abgeordneter
Dr. Müller-Hermann
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die energiepolitische und energiewirtschaftliche Entwicklung in den USA wegen der Dimensionen des amerikanischen Verbrauchs größte Bedeutung für die anderen Verbraucherländer hat, und mit welchen jährlichen Rohöl- und Erdgasimporten der USA rechnet die Bundesregierung bis Anfang der 90iger Jahre?
77. Abgeordneter
Dr. Müller-Hermann
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Erdgasimporteure der USA sich in der Nachfragekonkurrenz auf den Welterdgasmärkten außer durch höhere Preise mit zusätzlichen Vorteilen für Erdgasförderländer (z. B. durch ein stärkeres Engagement bei der Finanzierung der für den LNG-Export im Förderland erforderlichen technischen Anlagen) Lieferkontrakte sichern werden, und wie beurteilt die Bundesregierung die Aussichten deutscher Importeure bei Nachfragekonkurrenz mit amerikanischen Importeuren um etwaige LNG-Exportmengen aus den in Betracht kommenden Förderländern?
78. Abgeordneter
Dr. Zeitel
(CDU/CSU)
- Wie hoch sind nach Ansicht der Bundesregierung die direkten und indirekten Zuwendungen für Kohle- bzw. Kernenergie seitens der öffentlichen Hand, bezogen auf die Kilowattstunde in den Jahren 1970 bis 1977?
79. Abgeordneter
Dr. Reimers
(CDU/CSU)
- Welche Förderungsprogramme gibt es für die freien Berufe im Bund, und inwieweit gibt es nach dem Wissensstand der Bundesregierung solche Programme in den Ländern?
80. Abgeordneter
Schreiber
(SPD)
- Ist die Bundesregierung der Ansicht, daß die Forderung nach einer verstärkten öffentlichen Kontrolle privater Sicherheitsunternehmen nur unter gewerberechtlichen Aspekten zu sehen ist, wie es in ihrer Antwort (Anlage 54 zum Plenarprotokoll 8/70) auf meine Frage vom 16. Januar 1978 (Drucksache 8/1457, Frage Nr. 61) zum Ausdruck kommt, oder

teilt sie meine Meinung, daß die Tätigkeit des Bewachungsgewerbes mit dem Gewaltmonopol des Staats kollidieren kann und daher eine klare gesetzliche Abgrenzung seiner Aufgaben zur Tätigkeit der Polizei notwendig ist?

81. Abgeordneter
Schreiber
(SPD) Wird die Bundesregierung gesetzgeberisch tätig werden, um die Befugnisse privater Sicherheitsunternehmen bei der Anwendung ihrer Mittel, vor allem bei der Ausübung des Notwehrrechts, an die Grenzen anzugleichen, die der Polizei gesetzt sind?
82. Abgeordneter
Pieroth
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß Bundesminister Dr. Graf Lambsdorff — wie von der FAZ vom 6. Februar 1978 gemeldet — erklärt hat, die bisherige Dollarabwertung stelle keine akute und unerträgliche Bedrohung für die deutsche Wirtschaft dar, und wenn ja, wie bewertet die Bundesregierung diese Äußerung in Abgrenzung zur Behauptung von Bundeskanzler Schmidt in der Regierungserklärung vom 19. Januar 1978, bereits die Wechselkursentwicklung im letzten Jahr habe zu einem realen Rückgang der Unternehmenserträge von 2,5 Prozent geführt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

83. Abgeordneter
Röhner
(CDU/CSU) Trifft es nach dem Wissensstand der Bundesregierung zu, daß die Sowjetunion gegenwärtig in Westeuropa Mais und Weizen in größerem Umfang aufkauft, und wenn ja, in welcher Größenordnung bewegen sich diese Aufkäufe?
84. Abgeordneter
Röhner
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die Rückwirkungen der Mais- und Weizenachfrage der Sowjetunion auf die Weltmarktpreise dieser Produkte, und inwieweit sind hiervon nach dem Wissensstand der Bundesregierung Entwicklungsländer betroffen?
85. Abgeordneter
Müller
(Schweinfurt)
(SPD) Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, die Höfe, die, z. B. durch das Ausweichen ihrer Eigentümer auf Aussiedlerhöfe oder aus anderen Gründen, leerstehen, bevorzugt Aussiedlern aus Ostblockstaaten zur Verfügung zu stellen?
86. Abgeordneter
Müller
(Bayreuth)
(SPD) Sind die alarmierenden Meldungen von Wissenschaftlern, denenzufolge unsere Lebensmittel durch Verwendung von Chemikalien bei Massentierhaltungen und bei der Verwertung von Tierprodukten zunehmend verseucht werden, zutreffend, und was gedenkt die Bundesregierung gegebenenfalls gegen derartige Vergiftungen unserer Nahrungsmittel zum Schutz der Verbraucher zu tun?
87. Abgeordnete
Frau Will-Feld
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß Belgien, Holland, Frankreich und Italien keine offiziellen Vorschriften zum EG-Bezeichnungsrecht erlassen haben, wie die Wein-fachzeitschrift Harpers in Großbritannien bereits im August 1977 geschrieben hat?

88. Abgeordnete
Frau Will-Feld
(CDU/CSU)
- Treffen Informationen zu – und wenn nein, welche Stellungnahme kann die Bundesregierung hierzu abgeben –, daß die von ernstzunehmenden Kreisen verbreitete Meinung, daß es nicht zutreffe, daß die Bundesregierung den Termin bei der Diskussion für das Inkrafttreten der EG-Verordnung 2133 und 1608 nicht gegen die Mehrheit der EG-Mitgliedsstaaten haben durchsetzen können?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Arbeit und Sozialordnung**

89. Abgeordneter
Prangenberg
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß geistig Behinderte gegenüber anderen Gruppen von Behinderten bezüglich der unentgeltlichen Beförderung im öffentlichen Personenverkehr benachteiligt sind, und ist die Bundesregierung gegebenenfalls bereit, hier für angemessene Abhilfe zu sorgen?
90. Abgeordneter
Peter
(SPD)
- Liegt der Bundesregierung ein Vorschlag der saarländischen Landesregierung vor, wonach dieselbe sich bereit erklärt, die Finanzierung eines Anpassungsgeldes für Arbeitnehmer aus der Stahlindustrie mitzutragen?
91. Abgeordneter
Dr. Schmitt-Vockenhausen
(SPD)
- Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, im Rahmen des Modellprogramms des Bundes und des Landes Hessen „Beratung und Hilfe für junge Arbeitslose“ den Kommunalverwaltungen und freien Trägern über die Arbeitsverwaltungen Adressen junger Arbeitsloser zugänglich zu machen, und ist sie gegebenenfalls bereit, entsprechende anderslautende Weisungen für dieses und ähnliche Programme zu ändern?
92. Abgeordneter
Lintner
(CDU/CSU)
- Was hat die Bundesregierung getan, um dem Sinken des Ansehens der Arbeitslosen in der Bevölkerung entgegenzuwirken, was hat sie insbesondere getan, um der Öffentlichkeit Aufschluß darüber zu verschaffen, in welchem Ausmaß – nach Personen und aufgewendetem Betrag – die Leistungen der Solidargemeinschaft der gegen Arbeitslosigkeit Versicherten mißbräuchlich von Vermittlungsunwilligen in Anspruch genommen werden, und wie erklärt die Bundesregierung gegebenenfalls die in soweit bestehende Unkenntnis?
93. Abgeordneter
Lintner
(CDU/CSU)
- Wie groß ist nach den Erkenntnissen der Bundesregierung der jeweilige Prozentsatz derjenigen unter den Empfängern von Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe, die erst nach 2maliger, 3 bis 5maliger, 6 bis 10maliger und über 10maliger Vermittlung Arbeitsplätze finden, und wie hoch ist dabei der Anteil derjenigen, die nach einer Frist von drei Monaten wieder arbeitslos gemeldet sind?
94. Abgeordneter
Lintner
(CDU/CSU)
- Wie groß ist nach Meinung der Bundesregierung die Zahl jener Personen, die, ohne Arbeitslosengeld zu erhalten, im Falle des Vorhandenseins von geeigneten Arbeitsplätzen solche annehmen würden?

95. Abgeordneter
Lintner
(CDU/CSU) Wieviel Arbeitsplätze in der Bundesrepublik Deutschland sind u. a. unter Berücksichtigung der sogenannten „stillen Arbeitsmarktreserve“, der Abwanderung von ausländischen Arbeitskräften, u. a. seit 1974 verloren gegangen?
96. Abgeordneter
Hasinger
(CDU/CSU) Wird die Bundesregierung Abgeordneten aller drei Bundestagsfraktionen Gelegenheit geben, ihre Auffassung zu sozialpolitischen und arbeitsmarktpolitischen Fragen in dem vom Bundesarbeitsminister herausgegebenen Bundesarbeitsblatt zu veröffentlichen, nachdem in der jüngsten Ausgabe dieser Zeitschrift ein Abgeordneter der Koalitionsfraktionen seine Meinung über „Wege und Möglichkeiten der Arbeitsmarktpolitik“ kundgetan hat?
97. Abgeordneter
Dr. Hennig
(CDU/CSU) Welche vertraglichen Regelungen bestehen derzeit zwischen der EG und der Türkei bzw. sind beabsichtigt, die eine arbeitsrechtliche Gleichstellung von Türken mit EG-Bürgern vorsehen, und in welcher Größenordnung wird von Türken davon Gebrauch gemacht werden, daß sie nach EG-Recht in der Bundesrepublik Deutschland arbeiten können?
98. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU) Wann wird die Bundesregierung entsprechend der Ermächtigung in Artikel 6 des Ratifizierungsgesetzes zum deutsch-polnischen Rentenabkommen vom 9. Oktober 1975 Durchführungsvereinbarungen über das Antrags- und Feststellungsverfahren der zuständigen Behörden gemäß Artikel 11 b des Abkommens in Kraft setzen oder durch Rechtsverordnung Näheres über das Verfahren regeln?
99. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Träger der gesetzlichen Rentenversicherung im Bundesgebiet in Einzelfällen die Berücksichtigung von nach 1945 in den polnisch verwalteten deutschen Ostgebieten zurückgelegten Beschäftigungszeiten unter Hinweis darauf ablehnen, daß eine entsprechende Feststellung auf Grund des deutsch-polnischen Rentenabkommens vom 9. Oktober 1975 dem zuständigen polnischen Versicherungsträger obliegt, insoweit aber mit einer alsbaldigen Entscheidung nicht zu rechnen sei, weil die erforderlichen Durchführungsvereinbarungen bislang noch nicht verabschiedet werden konnten, und welche Folgerungen zieht die Bundesregierung aus diesem Sachverhalt.
100. Abgeordneter
Dr. Kunz
(Weiden)
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, um arbeitslosen Schwerbehinderten zu helfen, die Bemühungen von Unternehmen, Schwerbehinderte zusätzlich über die Quote hinaus einzustellen, dadurch zu unterstützen, daß für diese zusätzlich eingestellten Schwerbeschädigten auf die die Mobilität besonders erschwerenden Einschränkungen für die Dauer der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit verzichtet wird?
101. Abgeordneter
Dr. Kunz
(Weiden)
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, der in der Sozialgesetzgebung beabsichtigten Gleichstellung aller Schwerbehinderten, unabhängig von der Ursache der Behinderung, dadurch zu entsprechen, daß geistig Behinderten die gleichen Vergünstigungen bei der Beförderung im Nah- und Fernverkehr ermöglicht werden wie anderen Gruppen von Behinderten?

102. Abgeordneter
Niegel
(CDU/CSU) Wie hat der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit das an ihn gerichtete Schreiben der C & F Fraling-Gruppe beantwortet, und was tut die Bundesregierung, um die einer Arbeitsaufnahme entgegenstehenden arbeits- und steuerrechtlichen Bestimmungen zu reformieren, die Ehefrauen veranlassen, angebotene Stellen auszuschlagen, da ihnen das Arbeitslosengeld und die gleichzeitige steuerliche Entlastung des Ehemanns attraktiver erscheinen?
103. Abgeordneter
Dr. Steger
(SPD) Treffen Berichte der Gewerkschaften zu, daß die Unternehmen in der gegenwärtigen Wirtschaftslage verstärkt versuchen, die Betriebsratswahlen zu behindern, und sieht die Bundesregierung Veranlassung, hier entsprechende gesetzliche Änderungen vorzuschlagen?
104. Abgeordneter
Krockert
(SPD) Ab welchem Zeitpunkt wird die Forderung an ausländische Arbeitnehmer, zur Erlangung einer unbefristeten Aufenthaltserlaubnis oder Aufenthaltsberechtigung ausreichende deutsche Sprachkenntnisse nachzuweisen, von den Behörden erhoben werden, und vor welcher Instanz ist der Nachweis zu erbringen?
105. Abgeordneter
Krockert
(SPD) Wie werden Anträge auf Aufenthaltserlaubnis oder -berechtigung behandelt, solange noch kein ausreichendes Angebot an geeigneten Hilfen zum Erwerb der Sprachkenntnisse und kein anerkanntes Verfahren zu ihrem Nachweis vorhanden sind?
106. Abgeordneter
Dr. Schmitt-Vockenhausen
(SPD) Ist auf der Grundlage des geltenden Rechts durch Empfehlungen an die zuständigen Stellen die Unterstützung behinderter Jugendlicher bei der Eingliederung in das Berufsleben auf Grund einer einheitlichen Gestaltung von Sonderregelungen erreicht worden, oder wird die Bundesregierung gegebenenfalls die notwendigen Initiativen ergreifen?
107. Abgeordneter
Dr. Wittmann (München)
(CDU/CSU) Wie ist der Auftritt des Bundeskanzlers vor der Betriebsversammlung eines Münchener Betriebs mit den Grundsätzen des Urteils des Bundesarbeitsgerichts vom 13. September 1977 zu vereinbaren, wonach in Wahlzeiten politische Auftritte vor Betriebsversammlungen unterbleiben müssen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

108. Abgeordneter
Dr. Stercken
(CDU/CSU) Verfügt die Bundesregierung über Erkenntnisse darüber, ob der vom norwegischen Verteidigungsminister Hansen nach dem Besuch des sowjetischen Vizeaußenministers Semskow in Oslo Anfang 1978 bekanntgegebene Beschluß der norwegischen Regierung, bei Übungen der sogenannten NATO-Feuerwehr AMF (Atlantic Mobile Force) in Norwegen, im Gegensatz zu den übrigen AMF-Teilnehmern im Fall der Bundeswehr nur technische Truppen, also keine Kampfeinheiten, zuzulassen, auf den sowjetisch-finnischen Druck zurückzuführen ist, über den die deutsch-norwegische Presse berichtete?
109. Abgeordneter
Dr. Stercken
(CDU/CSU) Hat die norwegische Regierung diesen Beschluß mit oder ohne Billigung der Bundesregierung gefaßt?

- | | |
|---|--|
| 110. Abgeordneter
Biehle
(CDU/CSU) | Ist die Bundesregierung bereit, angesichts des Staus nicht einberufener Wehrdienstverweigerer, Wehrpflichtige, die verheiratet sind und Kinder haben oder bei der Musterung die Signierziffer 3 erhielten, ab sofort — wie von Bundesminister Leber bereits am 27. Mai 1977 im Parlament in Aussicht gestellt — von der Einberufung zum Grundwehrdienst freizustellen? |
| 111. Abgeordneter
Biehle
(CDU/CSU) | Wie viele Wehrpflichtige der Signierziffer 3 wurden jeweils in den Jahren 1974, 1975, 1976 und 1977 einberufen? |
| 112. Abgeordneter
Josten
(CDU/CSU) | Wann wird die Bundesregierung eine Bestandsaufnahme zum Problem des „Beförderungsstaus“ insbesondere bei den Hauptleuten der Bundeswehr machen und vorlegen? |
| 113. Abgeordneter
Josten
(CDU/CSU) | Wie gedenkt die Bundesregierung, das Problem des anhaltenden Fehlbestands von ca. 30 000 länger dienenden Soldaten zu lösen? |

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

- | | |
|---|---|
| 114. Abgeordnete
Frau
Dr. Neumeister
(CDU/CSU) | Hält die Bundesregierung eine Verbesserung der Qualität der ärztlichen Ausbildung auch dadurch für erreichbar, daß der Medizinstudent möglichst schon am Anfang seiner Ausbildung die praktische Zusammenarbeit mit Ärzten und anderen Gesundheitsberufen erlernt bzw. erlebt, und ist sie auch hier bereit, entsprechende Modellversuche zu fördern? |
| 115. Abgeordneter
Lenders
(SPD) | Trifft es nach dem Erkenntnisstand der Bundesregierung zu, daß in der Bundesrepublik Deutschland die von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) als noch tolerierbar festgesetzten täglichen pro-Kopf-Grenzwerte von 0,43 mg für Blei und 0,057 mg für Kadmium in Nahrungsmitteln überschritten werden, wie Untersuchungen des Gießener Professors Dr. Wagner ergeben haben sollen, und wenn ja, welche Konsequenzen gedenkt die Bundesregierung daraus zu ziehen? |
| 116. Abgeordneter
Weber
(Heidelberg)
(CDU/CSU) | Wie beurteilt die Bundesregierung Pressemeldungen über ernährungswissenschaftliche Untersuchungen, wonach der Gehalt an den für den menschlichen Organismus schädlichen Schwermetallen Blei und Kadmium in Nahrungsmitteln immer mehr zunimmt und in der Bundesrepublik Deutschland heute schon die von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) als noch tolerierbar festgesetzten täglichen Pro-Kopf-Grenzwerte von 0,43 Milligramm für Blei und 0,057 Milligramm für Kadmium übersteigt, und beabsichtigt die Bundesregierung, hiergegen geeignete Maßnahmen einzuleiten? |
| 117. Abgeordneter
Dr. Blüm
(CDU/CSU) | Ist die Bundesregierung bereit, die Vorschläge des beratenden Verbraucherausschusses der Europäischen Gemeinschaft zur Verminderung von Todesfällen und gesundheitlicher Schädigung aufzugreifen und in der Europäischen Gesundheitsministerkonferenz als Beschlußvorlage einzubringen? |

118. Abgeordnete
**Frau
Berger
(Berlin)
(CDU/CSU)** Wie viele ausländische und deutsche Gefallene des Zweiten Weltkriegs sind — getrennt nach Nationalitäten — in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich des Landes Berlin bestattet?
119. Abgeordnete
**Frau
Berger
(Berlin)
(CDU/CSU)** Wie ist die Pflege der Gräber geregelt?
120. Abgeordneter
**Dr. Hammans
(CDU/CSU)** Sind Warnhinweise auf Folgen „bei übermäßigem Verzehr“, wie sie das deutsche Lebensmittelrecht bislang nicht kannte und erstmals in der neuen Zusatzstoff-Zulassungsordnung für erfolgreich gehalten wird, in Zukunft auf den Verpackungen bzw. Etiketten aller Lebensmittel und Zusatzstoffe zu erwarten, sofern Schäden für die Gesundheit zu befürchten sind, die denen der abführenden Wirkung nicht nachstehen, und würde es nicht folgerichtig sein, z. B. auch frische Pflaumen auf den Wochenmärkten nur dann noch zum Abverkauf freizugeben, wenn sie in einer Tüte mit dem aufgedruckten Warnhinweis verpackt sind „Kann bei übermäßigem Verzehr abführend wirken“, da doch der Zuckeraustauschstoff Sorbit auch in diesen Pflaumen enthalten ist?
121. Abgeordneter
**Dr. Hammans
(CDU/CSU)** Ist es mit dem Gleichheitsgrundsatz vereinbar, vor übermäßigem Verzehr im Fall eines Zuckeraustauschstoffs zu warnen, auf ähnliche Warnhinweise bei Zucker, Salz, Bier, Alkohol usw. jedoch zu verzichten, deren Wirkungen bei übermäßigem Konsum wohl mit erheblich ernsteren Folgen verbunden sein dürften, zumal sie der Einzelne auch nicht unmittelbar wie im Falle eines übermäßigen Sorbitverzehr wahrnimmt, und gebietet es nicht die Logik, Warnhinweise „bei übermäßigem Verzehr“ auch für alle solche Produkte zu verordnen, die nicht abführen, sondern die verstopfen, was doch nicht weniger mißliche Wirkungen nach sich zieht?
122. Abgeordneter
**Marschall
(SPD)** Wann rechnet die Bundesregierung mit der Fertigstellung einer Verordnung über Höchstmengen von Schwermetallen in Lebensmitteln?
123. Abgeordneter
**Marschall
(SPD)** Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung darüberhinaus, die durch steigende Schwermetallgehalte in der Nahrung hervorgerufenen geistigen und körperlichen Schäden, insbesondere für werdende Mütter und Neugeborene, zu verhindern oder einzuschränken?
124. Abgeordneter
**Biechele
(CDU/CSU)** Wie beurteilt die Bundesregierung die Untersuchungsergebnisse des Ernährungswissenschaftlers Prof. Dr. Karl-Heinz Wagner aus Gießen, wonach der Gehalt an den für den menschlichen Organismus schädlichen Schwermetalle Blei und Kadmium in den Nahrungsmitteln ständig zunimmt und schon heute die von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) als noch tolerierbar festgesetzten Grenzwerte übersteigt und die menschliche Gesundheit auch durch Krebserkrankungen gefährden kann, und wie kann nach Meinung der Bundesregierung diesen Gefährdungen der menschlichen Gesundheit wirkungsvoll vorgebeugt werden?

125. Abgeordneter
Biechele
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß die zunehmende Verseuchung der Nahrungsmittel mit Blei und Kadmium auch durch die industriell hergestellten Komposte, die zur Bodenbearbeitung verwendeten Klärschlämme und durch Phosphatdünger hervorgerufen wurde und wird?
126. Abgeordneter
Dr. Steger
(SPD) Verfügt auch die Bundesregierung über Erkenntnisse darüber, daß — wie im „Spiegel“ Nr. 2 vom 9. Januar 1978 unter der Überschrift „Krebs durch Kohle?“ unter Bezugnahme auf Versuche amerikanischer Wissenschaftler gemeldet — die von Menschen eingeatmeten Aschepartikel der Flugasche von Kohlekraftwerken genetische Veränderungen und möglicherweise Krebs verursachen können, und wenn ja, worauf beruhen diese Erkenntnisse, und was will die Bundesregierung tun, um zu diesem Problem eine breite Aufklärung der Bevölkerung zu erreichen?
127. Abgeordnete
Frau Dr. Neumeister
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die Entwicklung hinsichtlich der Zunahme von Allergiekrankheiten infolge von Umwelteinflüssen und zunehmend schwächer werdender Immunabwehr des Menschen in hochzivilisierten Ländern?
128. Abgeordnete
Frau Dr. Neumeister
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß im Bereich der Forschung angesichts dieser Entwicklung größere Anstrengungen als bisher unternommen werden sollten, wurden bereits entsprechende Forschungsvorhaben eingeleitet, und welche Ergebnisse liegen bisher vor?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

129. Abgeordneter
Dr. Blüm
(CDU/CSU) Gedenkt die Bundesregierung, die Deutsche Bundesbahn zu veranlassen, daß der im Mai 1976 auf der sogenannten Eistalstrecke zwischen Grünstadt—Eisenberg—Enkenbach eingestellte Personenverkehr wieder eröffnet wird?
130. Abgeordneter
Seefeld
(SPD) Sind der Bundesregierung Untersuchungen bekannt, die im Auftrag des hessischen Ministeriums für Wirtschaft und Technik durchgeführt wurden und zu dem Ergebnis gekommen sein sollen, daß die Nachteile des Halogenlichts für den Gegenverkehr größer sind als die Vorteile für den Fahrer, der diese Lampen benutzt, und — wenn ja — beabsichtigt sie, daraus irgendwelche Konsequenzen zu ziehen?
131. Abgeordneter
Hoffmann
(Saarbrücken)
(SPD) Hält es der Bundesverkehrsminister angesichts des 1980 auslaufenden Unterstützungstarifs der Deutschen Bundesbahn für den Transport für Kohle und Stahl im Saarland nach Artikel 70 des EGKS-Vertrags für sinnvoll, sich für Tarifvergünstigungen für das Saarland im Rahmen der Beihilfemaßnahmen für den Stahlsektor (Davignon-Plan) einzusetzen?
132. Abgeordneter
Seefeld
(SPD) Teilt die Bundesregierung die von Experten der Verkehrswacht getroffene Feststellung, daß jugendliche Mofafahrer auf den Straßenverkehr und seine Gefahren nicht ausreichend vorbereitet sind, und welche Bemühungen unternimmt sie — im Fall der Bejahung —, um die Aufklärungsarbeit, z. B. auch über die Schulen, zu verstärken?

- | | |
|---|---|
| 133. Abgeordneter
Hasinger
(CDU/CSU) | Ist die Bundesregierung bereit, das Teilstück der Autobahn A 44 von Düsseldorf über Ratingen, Heiligenhaus, Velbert bis zum Krähenberger Kreuz in die Dringlichkeitsstufe Ia einzureihen? |
| 134. Abgeordneter
Picard
(CDU/CSU) | Wie ist der Stand des Planfeststellungsverfahrens zur B 46 neu, und wann ist mit dem Baubeginn zu rechnen, der nicht zuletzt wegen der längst fälligen Entlastung der Ortsdurchfahrt Dietzenbach möglichst bald erfolgen muß? |
| 135. Abgeordneter
Picard
(CDU/CSU) | Welche Schwierigkeiten, z. B. Einsprüche im Planfeststellungsverfahren oder nicht gesicherte Finanzierung, stehen einem baldigen Baubeginn gegebenenfalls entgegen, und wie und bis wann können sie ausgeräumt werden? |
| 136. Abgeordneter
Picard
(CDU/CSU) | Kann damit gerechnet werden, daß die Baumaßnahme B 46 neu zügig bis zur B 45 neu durchgeführt wird und damit die frühere Absicht, den Verkehr mehrere Kilometer auf der B 486 einschließlich Ortsdurchfahrt Urberach beizubehalten, endgültig aufgegeben worden ist? |
| 137. Abgeordneter
Lenzer
(CDU/CSU) | Aus welchen Gründen ist beabsichtigt, die Bundesstraße 49 (Gießen bis Weilburg) abzustufen? |
| 138. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU) | Hält es die Bundesregierung für sozial gerecht, wenn durch die Stilllegung des Personenverkehrs auf Bundesbahnstrecken, mit denen Kurorte bedient werden, von Versicherungsträgern eingewiesene Patienten oder Kurgäste, die verpflichtet sind, öffentliche Verkehrsmittel zu benutzen, auf unbequeme und gepäckfeindliche Bahnbusse verwiesen werden, während Privatpatienten und private Kurgäste auf die Benutzung des eigenen Pkw ausweichen können, und welche Schlußfolgerungen wird die Bundesregierung aus ihren Erwägungen zu diesem Umstand ziehen? |
| 139. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU) | Hält es die Bundesregierung mit den Zielen des Bundesraumordnungsgesetzes für vereinbar, wenn für die ohnedies wirtschaftlich schwächere Bevölkerung des ländlichen Raums dort, wo der Personenverkehr auf der Schiene durch den Verkehr mit Bahnbusen ersetzt werden soll, hierdurch zusätzlich zu allen sonstigen Erschwernissen auch noch eine Verteuerung der Fahrpreise eintreten wird? |
| 140. Abgeordneter
Niegel
(CDU/CSU) | Trifft es zu, daß in verschiedenen TEE-Zügen die Schreibabteile keine Telefongespräche vermitteln können, weil technisch-einwandfreie Apparate nicht zur Verfügung stehen, und wenn ja, welche Vorstellungen hat die Bundesregierung, um hier Abhilfe zu schaffen? |
| 141. Abgeordneter
Immer
(Altenkirchen)
(SPD) | Inwieweit ist die Bundesregierung in der Lage und bereit, in einer Neufassung der Richtlinien für die Beförderung von Schulkindern innerhalb des öffentlichen Nahverkehrs bzw. geschlossener Schülertransporte dem Umstand Rechnung zu tragen, daß im Gegensatz zu den bisher geltenden Bestimmungen die Personenhöchstzahl erheblich reduziert werden muß, da die Mitnahme von Lernmitteln Berücksichtigung finden muß? |

142. Abgeordneter
Immer
(Altenkirchen)
(SPD)
- Inwieweit ist die Bundesregierung in der Lage und bereit, die Aus- und Weiterbildung von Berufskraftfahrern im öffentlichen Nahverkehr um psychologisch-pädagogische Lerninhalte besonders im Blick auf die Probleme der Schülertransporte zu erweitern bzw. Schülertransporte vom Abschluß der Berufskraftfahrerprüfung abhängig zu machen, wie es die Gewerkschaft ÖTV fordert?
143. Abgeordneter
Dr. Schwencke
(Nienburg)
(SPD)
- Hat die Bundesregierung bei ihrer Entscheidung, das Wasser- und Schiffsamt Hoya zugunsten von Verden aufzulösen, neben bereits genannten raumordnungs- und strukturpolitischen Gründen, die allerdings deutlich für eine Beibehaltung des Wasser- und Schiffsamts in Hoya sprechen, auch die finanziellen Auswirkungen geprüft?
144. Abgeordneter
Dr. Schwencke
(Nienburg)
(SPD)
- Wie hoch qualifiziert die Bundesregierung die Kosten der Verlegung des Wasser- und Schiffsamts von Hoya, wo ihr ein kostenlos zu nutzendes Gebäude (das ehemalige Kreishaus) zur Verfügung steht, nach Verden?
145. Abgeordneter
Würtz
(SPD)
- Liegen der Entscheidung der Bundesregierung, das Wasser- und Schiffsamt Hoya zu schließen und nach Verden zu verlegen, Berechnungen über die Wirtschaftlichkeit einer solchen Verlegung zugrunde, und wie hoch ist nach diesen Berechnungen – falls vorhanden – der Mehrnutzen des Standorts Verden gegenüber dem Standort Hoya, wenn man u. a. berücksichtigt, daß in Hoya das ehemalige und jetzt leerstehende Kreishaus für ein erweitertes Wasser- und Schiffsamt zur Verfügung stünde, während in Verden Erweiterungs- bzw. Neubauten erforderlich sind?
146. Abgeordneter
Kuhlwein
(SPD)
- Welche Bedeutung haben Beschlüsse bzw. Wünsche kommunaler Gebietskörperschaften für die Trassenführung von Bundesfernstraßen innerhalb geschlossener Ortschaften?
147. Abgeordneter
Kuhlwein
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, den ausdrücklichen Wunsch kommunaler Vertretungen (wie etwa beim Antrag auf Verlegung der B 404 – Bismarckstraße in Schwarzenbek) nach Neutrassierung von Bundesfernstraßen im innerörtlichen Bereich zu akzeptieren, soweit nicht die Anbindung an das überörtliche Verkehrsnetz beeinträchtigt wird?
148. Abgeordneter
Wüster
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Speisenzusammensetzung und die allgemeine Hygiene in Autobahnraststätten teilweise zu erheblichen Bedenken Anlaß geben, wie in der Sendung „Hier und Heute“ am 8. Dezember 1977 des WDR berichtet wurde, und was beabsichtigt die Bundesregierung gegebenenfalls zu unternehmen, um diese Mängel zu beheben?
149. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU)
- Wird eine Tieflage der Bundesautobahn A 61 bei Kerpen/Sindorf erfolgen?
150. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU)
- Ergeben sich beim Bau der Autobahn A 61 im Streckenabschnitt Kerpen–Jackerath Probleme, die den zeitlichen Plan der Fertigstellung dieser Autobahn verzögern könnten, und wenn ja, welche?

151. Abgeordneter
Dr. Früh
(CDU/CSU)
- Hält die Bundesregierung die rein betriebswirtschaftliche Begründung der Deutschen Bundesbahn, wonach der noch auf der Schiene liegende Personenverkehr der Strecken Herbertingen-Aulendorf, Aulendorf-Kißlegg durch Straßenomnibusse „kostengünstiger“ bedient werden könne, für die Stilllegung des Schienenpersonenverkehrs für ausreichend, oder sollten nicht übergeordnete volkswirtschaftliche, raumordnerische und regionalpolitische Gesichtspunkte schwerer wiegen, zumal es sich bei den aufgeführten Teilstrecken um eine einzige für die künftige Entwicklung dieses Raums unverzichtbare Durchgangsstrecke handelt, deren Auslastungsgrad dem kritischen Schwellenwert sehr nahe liegt und sicherlich durch bessere Fahrplanabstimmung noch gesteigert werden könnte?
152. Abgeordneter
Dr. Früh
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung nachprüfen, wieviel Kosten (Personalkosten, Unterhaltungskosten und allgemeine Kosten) auf die von der Deutschen Bundesbahn zur Stilllegung des Personenverkehrs vorgesehenen obigen Strecken entfallen, ob diese berechneten Einsparungen überhaupt eintreffen und ob sie bejahendenfalls in einem zu rechtfertigenden Verhältnis zu den öffentlichen und privaten Mehraufwendungen stehen, die eine Verlagerung des Personenschienenverkehrs auf die Straße bei unzureichenden Straßenverhältnissen insbesondere während des Winters mit sich bringen werden?
153. Abgeordneter
Pfeffermann
(CDU/CSU)
- Hat die Deutsche Bundesbahn im Zusammenhang mit dem derzeit in Vorbereitung stehenden Abbruch des alten Wasserturms an der Dornheimer Brücke in Darmstadt eine Abbruchgenehmigung einer oberen Denkmalschutzbehörde eingeholt, und wenn ja, von welcher?
154. Abgeordneter
Pfeffermann
(CDU/CSU)
- Wie hoch sind die Kosten, die von der Deutschen Bundesbahn für den Abbruch des Turms für notwendig erachtet werden, und wie hoch würden gegebenenfalls die jährlichen Unterhaltungskosten für diesen Turm bei Vermeidung des Abbruchs geschätzt?
155. Abgeordneter
Dr. George
(CDU/CSU)
- Ist im Rahmen der Vorbereitungen auf das „Regionalgespräch“ mit der Deutschen Bundesbahn (DB) am 25. April in Karlsruhe über die von der DB beabsichtigte Einstellung des Schienenpersonenverkehrs in der Region BW 3 geklärt worden, ob seitens des Bundesverteidigungsministers oder seitens der NATO-Partner die Bahnstrecke Pforzheim–Hochdorf von verteidigungspolitischer oder militärstrategischer Bedeutung ist?
156. Abgeordneter
Dr. George
(CDU/CSU)
- Wenn eine solche Klärung erfolgt ist, welches Ergebnis ist dabei herausgekommen, vor allem im Hinblick auf die Bahnhöfe Calw (Graf Zeppelinkaserne) und Nagold (Eisbergkaserne) sowie deren schienentechnische Anbindung an Pforzheim, Weil der Stadt und Hochdorf/Eutingen?

157. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU)
- Gedenkt die Bundesregierung daraus, daß schon jetzt trotz Geschiebezugabe an der Rheinstaustufe Iffezheim die Erosion des Flußbetts eingesetzt hat und der Grundwasserspiegel um 15 bis 18 Zentimeter gesunken ist, die erforderlichen Konsequenzen zu ziehen, indem sie den Bau einer weiteren Rheinstaustufe bei Au am Rhein unverzüglich in Angriff nimmt?
158. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU)
- Wie ist der derzeitige Planungsstand der Überführung der K 3731 über die Bundesbahntrasse und die B 3 in Sinzheim, und wann ist mit dem Baubeginn zu rechnen?
159. Abgeordnete
Frau Dr. Hartenstein
(SPD)
- Bestehen bei der Deutschen Bundespost derzeit Pläne, das Nachtluftpostnetz der Deutschen Luft-hansa auch mit Rücksicht auf die damit verbundene Lärmbelastung der in der Umgebung von Verkehrs-flughäfen wohnenden Menschen aufzugeben und den raschen Transport der in den Abendstunden noch angelieferten Post wieder der Deutschen Bundesbahn zu übertragen, die auf Grund ihres gut ausgebauten D-Zug- und Intercity-Netzes durchaus in der Lage wäre, den Posttransport in derselben Zeit durchzuführen?
160. Abgeordneter
Dr. Jahn
(Braunschweig)
(CDU/CSU)
- Welches sind die Schwierigkeiten, die im Rat der Europäischen Gemeinschaften der Einführung eines einheitlichen Posttarifs und einheitlichen Postwert-zeichens entgegenstehen?
161. Abgeordneter
Dr. Häfele
(CDU/CSU)
- Wird das Bundespostministerium nach meinen zahl-reichen Vorstößen in den vergangenen Jahren, zu-letzt mit Schreiben vom 31. Dezember 1977, nun-mehr grünes Licht für eine gemeinsame Postleitzahl für Villingen-Schwenningen geben, nachdem der Ge-meinderat sich am 1. Februar 1978 für den Bau und die Anmietung einer Paketposthalle durch die Deut-sche Bundespost zwischen Villingen und Schwen-ningen als Übergangslösung ausgesprochen hat?
162. Abgeordneter
Dr. Häfele
(CDU/CSU)
- Wann wird die gemeinsame Postleitzahl für Vil-lingen-Schwenningen Wirklichkeit sein?
163. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU)
- Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, Fernsprechteilnehmern in grenznahen Ortsnetzen entlang der deutsch-französischen Grenze einen Ausgleich dafür zu gewähren, daß der Durchmesser der geplanten Nahbereiche im Fernspreverkehr unter 40 km bleibt?
164. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU)
- Ist der Bund bereit, insbesondere im Rahmen seiner Zuständigkeit für die innere Sicherheit, den Ge-meinden die Gebühren zu erstatten, die diese für die Anmietung von Anschlußleitungen der Deut-schen Bundespost für Alarmeinrichtungen an die Deutsche Bundespost zu zahlen haben?
165. Abgeordneter
Pfeffermann
(CDU/CSU)
- Aus welchem Grund erscheint zum 25. Jahrestag des 17. Juni 1953 keine Gedenkbriefmarke der Deut-schen Bundespost, wie dies bei anderen Jahrestagen der Fall ist?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Raumordnung, Bauwesen und Städtebau**

166. Abgeordneter
Zebisch
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, daß durch die Ablehnung des 4,35 Milliarden-Programms zur Einsparung von Energie eine erhebliche Verwirrung auf dem Sanierungsmarkt entstanden ist, und was wird sie unternehmen, um den Beteiligten bald Klarheit darüber zu schaffen, ob und in welcher Höhe das Programm trotz der ablehnenden Haltung der Regierung von Baden-Württemberg durchgeführt wird?
167. Abgeordneter
Zebisch
(SPD) Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, das 4,35 Milliarden-Programm kurzfristig in das gemeinsame Modernisierungsprogramm nach dem Modernisierungsgesetz einzuarbeiten, und bis wann sollen entsprechende Initiativen ergriffen werden?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
innerdeutsche Beziehungen**

168. Abgeordneter
Menzel
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, daß Invaliden und Unfallrentner bei Reisen in die DDR Schwierigkeiten bei der Befreiung vom Mindestumtausch haben, da nach der DDR-Anordnung Nr. 2 über die Durchführung eines verbindlichen Mindestumtauschs von Zahlungsmitteln vom 10. Dezember 1974 eine Befreiung für diejenigen vorgesehen ist, deren „Körperschaden“ mindestens $66 \frac{2}{3}$ v. H. beträgt, der Begriff des „Körperschadens“ aber dem Rentenrecht der Bundesrepublik Deutschland fremd ist, deshalb in den entsprechenden Rentenbescheiden keine Aussage darüber enthalten ist und die DDR-Behörden auch den Schwerbehindertenausweis nicht als ausreichenden Nachweis akzeptieren, und was gedenkt die Bundesregierung zu tun, damit Invaliden und Vollrentner, die die Voraussetzungen erfüllen, in Zukunft bei DDR-Reisen auch tatsächlich vom Mindestumtausch befreit werden?
169. Abgeordneter
Menzel
(SPD) Ist die Bundesregierung bereit, die vom Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen herausgegebene Broschüre „Reisen in die DDR“ so zu ändern, daß sie über die vom „Körperschaden“ abhängige Umtauschbefreiung ausreichend Auskunft gibt?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Forschung und Technologie**

170. Abgeordneter
Gerstein
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, das schwedische Modell einer Personalzulage für Forschung und Entwicklung im Hinblick auf seine Übertragbarkeit auf deutsche Verhältnisse zu prüfen und die Ergebnisse dieser Prüfungen dem Deutschen Bundestag mitzuteilen?

171. Abgeordneter
Männing
(SPD) Welchen Preis je pound hat die Europäische Gemeinschaft für Uranimporte aus Kanada, die im Rahmen des früheren Abkommens zwischen EURATOM und der kanadischen Regierung getätigt wurden, vor dem einjährigen Lieferstopp Kanadas gezahlt, und welchen Preis hat sie jetzt zu zahlen, nachdem dieser Lieferstopp mit der Unterzeichnung eines neuen Abkommens beendet werden konnte?
172. Abgeordneter
Männing
(SPD) Teilt die Bundesregierung für den Fall, daß der bisherige Durchschnittspreis von 15 bis 20 kanadischen Dollars je pound erheblich überschritten wurde, die Vermutung, daß von kanadischer Seite im Sinne ihrer ursprünglichen Nonproliferationsbemühungen über die drastische Erhöhung des Preises eine künstliche Verknappung des Exports spaltbaren Materials erreicht werden sollte, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?
173. Abgeordneter
Dr. Stavenhagen
(CDU/CSU) Über welche Erkenntnisse verfügt die Bundesregierung darüber, für welche technologischen Großprojekte, die das Bundesforschungsministerium mitfinanziert, die Investitionszulage für Forschung und Entwicklung seit Geltung dieser Vorschrift beansprucht wurde, differenziert nach Objekt, Gesamtkosten des Projekts und Summe der Investitionszulage?
174. Abgeordneter
Dr. Hubrig
(CDU/CSU) Welche forschungspolitischen Maßnahmen hat die Bundesregierung auf Grund der verschiedensten von ihr selbst bestellten Gutachten zu den Möglichkeiten der Fernwärmeversorgung in die Wege geleitet, und welchen Beitrag soll langfristig die Fernwärme zur Energieversorgung leisten?
175. Abgeordneter
Dr. Hubrig
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung Vorschläge, die niedrigtemperaturige Abwärme von Kraftwerken durch Leitungssysteme in Ballungsräume zu leiten und durch Wärmepumpen, die ihre Wärme aus dem aufgewärmten Wasser der Kraftwerke beziehen, die Wärmeversorgung in den Ballungsräumen vom Mineralöl unabhängiger zu machen?
176. Abgeordneter
Dr. Freiherr Spies von Büllesheim
(CDU/CSU) Welche Kosten-Nutzen-Analyse bzw. Technologiefolgenabschätzung liegen im Bundesforschungsministerium über die verschiedenen von ihm geförderten Verkehrssysteme insbesondere die Hochleistungsschnellbahn vor, und welche Folgerungen hat der Bundesforschungsminister hieraus gezogen?
177. Abgeordneter
Dr. Freiherr Spies von Büllesheim
(CDU/CSU) In welchem Umfang wird zur Zeit die Entwicklung der Meerestechnik in der Bundesrepublik Deutschland durch die Unsicherheit des Seerechts behindert, und welche Folgerungen ergeben sich hieraus für die Förderung von Meeresforschung und Meerestechnik?
178. Abgeordneter
Dr. Zeitel
(CDU/CSU) Welche Vorstellungen hat die Bundesregierung über die Beteiligung der Elektrizitätsversorgungsunternehmen an den Kosten der Reaktorsicherheitsforschung bzw. der Forschung und Entwicklung für fortgeschrittene Reaktorsysteme, und wann gedenkt sie, entsprechend ihren Ankündigungen in der Fortschreibung des Energieprogramms, Maßnahmen in die Wege zu leiten?

179. Abgeordneter
Benz
(CDU/CSU) Wie viele Beamte und Angestellte im Bundesforschungsministerium wurden seit 1969 durch eine Genehmigung des Bundespersonalausschusses eingestellt bzw. verbeamtet oder befördert?
180. Abgeordneter
Benz
(CDU/CSU) Wie viele Beamte im Bundesforschungsministerium wurden seit 1969 ohne amtsärztliches Zeugnis zum Beamten auf Lebenszeit ernannt, und was waren gegebenenfalls die Gründe hierfür?
181. Abgeordneter
Dr. Riesenhuber
(CDU/CSU) Wo sind die im Förderkatalog 1976 des Bundesforschungsministers angeführten 426 Gutachten und Studien mit einem Förderungsbetrag von 65,2 Millionen DM erhältlich, und wie werden sie seitens der Bundesregierung ausgewertet?
182. Abgeordneter
Dr. Riesenhuber
(CDU/CSU) Wie unterscheiden sich die Förderungskriterien für Zuwendungen des Bundesforschungsministers an Hochschulinstitute von denjenigen der Deutschen Forschungsgemeinschaft, und gedenkt die Bundesregierung, gegebenenfalls die Erfahrung der Deutschen Forschungsgemeinschaft stärker für die Bewilligung von Geldern bei Hochschulinstituten heranzuziehen?
183. Abgeordneter
Lenzer
(CDU/CSU) Welche Industrieunternehmen sind im Rahmen des sogenannten trilateralen Vertrags zwischen Großbritannien, Niederlande und der Bundesrepublik Deutschland an der Durchführung der Urananreicherungsprojekte beteiligt, und besteht eventuell eine Chance, diesen Kreis zu erweitern?
184. Abgeordneter
Dr. Wittmann
(München)
(CDU/CSU) In welchen Haushaltspositionen sind Beträge zur wissenschaftlichen Forschung über Menschenrechte oder ihrer politischen Vertretung vorgesehen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

185. Abgeordnete
Frau Benedix
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß bei einer Reihe pflegerischer und nichtärztlicher Heilberufe nach Abschluß der Schulzeit und vor Eintritt in die Fachausbildung ein mehrmonatiges Praktikum verlangt wird, und daß Schüler, die während der Schulzeit BAföG berechtigt waren und es während der Zeit der fachlichen Ausbildung wieder sind, für die Dauer des Praktikums keine Förderung erhalten, und welches sind ihre Vorstellungen für eine künftige bessere Regelung?
186. Abgeordnete
Frau Dr. Neumeister
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung Vorschläge zur Einführung eines etwa halb- oder einjährigen „Eignungsstudiums“ vor der Zulassung zum Medizinstudium im Hinblick auf die Findung zuverlässigerer Kriterien sowohl für die Zulassung zum Medizinstudium als auch für die spätere Berufseignung als Arzt, und ist sie bereit, z. B. unterschiedliche Modellversuche in dieser Richtung zu fördern?
187. Abgeordneter
Voigt
(Frankfurt)
(SPD) Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß das Mandat der studentischen Organe weit ausgelegt werden muß?

188. Abgeordneter
Voigt
(Frankfurt)
(SPD)
- Gibt es nach dem Wissensstand der Bundesregierung in der Rechtsprechung Hinweise, die eine liberale Interpretation des hochschulpolitischen Mandats der Studentenschaft zulassen, und wenn ja, welche Folgerungen zieht die Bundesregierung daraus?
189. Abgeordneter
Rühe
(CDU/CSU)
- Sind der Bundesregierung Pressemeldungen bekannt, nach denen in Großbritannien geplant wird, die Studiengebühren für Ausländer von bisher £ 416 (ca. 1687 DM) auf £ 2 000 (ca. 8 220 DM) zu erhöhen, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, die Interessen der deutschen Studenten, die in Großbritannien studieren wollen, zu schützen?
190. Abgeordneter
Dr. Hennig
(CDU/CSU)
- Wie viele Türken leben derzeit in der Bundesrepublik Deutschland, und stimmt es, daß von den hier lebenden 350 000 türkischen Kindern zwar 190 000 schulpflichtig sind, tatsächlich aber nur 125 000 als Schulbesucher registriert sind?
191. Abgeordneter
Dr. Hennig
(CDU/CSU)
- Entspricht es nach dem Wissensstand der Bundesregierung den Tatsachen, daß — wie in PPP vom 24. Januar 1978 angegeben — mehr als 60 v. H. der ausländischen Schüler in der Bundesrepublik Deutschland keinen Hauptschulabschluß erreichen, und wenn ja, was gedenkt die Bundesregierung gegen diese Anhäufung von sozialem Sprengstoff zu tun?
192. Abgeordneter
Dr. Hennig
(CDU/CSU)
- Entspricht es nach dem Wissensstand der Bundesregierung weiterhin den Tatsachen, daß nur 1 v. H. der ausländischen Schüler in der Bundesrepublik Deutschland einen Lehrabschluß schafft und jeweils nur 2 v. H. Gymnasium oder Realschule besuchen, und wenn ja, welche Folgerungen zieht die Bundesregierung daraus?
193. Abgeordneter
Vogelsang
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, ob und in welcher Weise sich für Studenten, die nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz gefördert werden, erkennbare Unterschiede im Studienverhalten — insbesondere hinsichtlich der Studiendauer, des Studienerfolgs und des Studienabbruchs — gegenüber den nichtgeförderten Studenten ergeben, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?
194. Abgeordneter
Rühe
(CDU/CSU)
- In welchem Umfang wurden 1977 Mittel des Bundeshaushalts für die gezielte Projektförderung der VDS zur Verfügung gestellt, und um welche Projekte handelte es sich hierbei im einzelnen?
195. Abgeordneter
Rühe
(CDU/CSU)
- Welche Konsequenzen beabsichtigt die Bundesregierung, in Zukunft aus der neuen Situation in der VDS-Führung zu ziehen hinsichtlich der gezielten Projektförderung?
196. Abgeordneter
Böhm
(Melsungen)
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, in endgültiger Beantwortung meiner Anfrage vom 20. Mai 1977 (Nr. B 115, Drucksache 8/458) von der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland eine genaue Darstellung darüber anzufordern, wie in jedem einzelnen Bundesland sichergestellt wird, daß Text und Melodie der deutschen Nationalhymne den Schülern während ihrer Schulzeit gelehrt werden?

197. Abgeordneter
Böhm
(Melsungen)
(CDU/CSU)

Welche Möglichkeit sieht die Bundesregierung, darauf hinzuwirken, daß die Zeit für die Beantwortung der Frage 196 nicht wiederum acht Monate beträgt, wie es mit meiner Frage zum Thema Deutschlandlied im Schulunterricht vom 20. Mai 1977 leider geschehen ist?

Bonn, den 10. Februar 1978

